

## Bergmann fordert weiter Kampf gegen Missbrauch

»Folgen für das ganze Leben« / Amtszeit endet

**Berlin** (epd). *Zum Ende ihrer Amtszeit hat die Missbrauchsbeauftragte Christine Bergmann (SPD) eindringlich an Politik und Gesellschaft appelliert, das Thema sexueller Missbrauch nicht zu verdrängen.*

Viele Betroffene litten noch immer unter den Folgen des Missbrauchs und bräuchten Hilfe, sagte Bergmann am 25. Oktober in Berlin. Ihre Amtszeit endet am 31. Oktober.

Die Leitung der Nachfolgestelle ist noch offen. Bergmann drang darauf, dass es sich um eine unabhängige Stelle handeln müsse, die die Umsetzung der Gesetzesänderungen, Hilfsmaßnahmen und Leitlinien für die Institutionen beobachte.

»Es kommt vor allem auf die Umsetzung an«, betonte Bergmann.

In ihrer Tätigkeit als Beauftragte seit April 2010 sei sie vor allem davon erschüttert worden, wie früh sexueller Missbrauch beginne. Wenn ein Mensch als Kleinkind missbraucht werde, habe dies Folgen für sein gesamtes Leben.

Weiterhin registriert die Anlaufstelle der Missbrauchsbeauftragten 40 bis 60 Anrufe täglich. Insgesamt gingen 19.000 Anrufe und 3.000 Briefe ein. Am häufigsten meldeten sich Opfer sexuellen Missbrauchs in der Familie (57 Prozent). 29 Prozent waren Opfer von Missbrauch in Institutionen.

*Interview Seiten 3, 4*

## Diakoniepräsident Stockmeier zum kirchlichen Arbeitsrecht »Der Interessenausgleich gelingt«

**Berlin** (epd). Die Diakonie ist als Arbeitgeber in der öffentlichen Kritik. Das kirchliche Arbeitsrecht verbietet Streiks und sei daher nicht zeitgemäß. Der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Johannes Stockmeier, zeigt sich im Interview mit *epd sozial* indes von den Vorzügen des kirchlichen Arbeitsrechts überzeugt.

Der Bundesverband will mehr Transparenz über die Situation an den Arbeitsplätzen der Diakonie herstellen. Dazu hat er eine

Umfrage unter Mitgliedsunternehmen gestartet. Sie geht dem Vorwurf nach, diakonische Träger gliederten in großem Umfang Betriebsteile aus und beschäftigten extensiv Leiharbeiter, um die Personalkosten zu senken.

Zahlen der Gewerkschaft ver.di, wonach die Diakonie erfahrene Fachkräfte schlechter bezahle als Sozialunternehmen, die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst entlohnen, weist Stockmeier zurück. *Seite 15*

*Internetkampagne*

## Gleiche Rechte für Kinder von Flüchtlingen

**Berlin** (epd). »Gleiches Recht für alle Kinder« – so steht es in der UN-Kinderrechtskonvention, die seit Mai 2010 auch in Deutschland gilt. Dennoch verweigere die Bundesregierung 40.000 Flüchtlingskindern gleiche Rechte, ein Aufwachsen in Würde und die Chance auf eine gute Bildung, beklagen Wohlfahrtsverbände und Kinderschutzinitiativen. Deshalb sammeln über 40 Organisationen Unterschriften im Internet, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Im Zentrum ihrer Kritik steht das Asylbewerberleistungsgesetz. Es schaffe »Kinder zweiter Klasse«, weil Flüchtlingskinder schlechter gestellt sind als Kinder aus Hartz-IV-Familien. *Seite 11*

*Themen*

## Spätabtreibungen in Diakoniekliniken

Ärztlicher Direktor Eckhard Nagel stößt ethische Debatte an *Seite 5*

## Aufwertung für Pflegekräfte

Bundesausschuss zur Übertragung ärztlicher Tätigkeiten *Seite 7*

## Frauenquote bei der Caritas

Präsident Neher: Nur 20 Prozent der Führungskräfte weiblich *Seite 14*

Zahl der Woche

## Sieben Prozent binationale Ehen

**Wiesbaden** (epd). In Deutschland lebten im Jahr 2010 rund 1,2 Millionen deutsch-ausländische Ehepaare. Das entsprach einem Anteil von sieben Prozent an den bundesweit 18,2 Millionen Ehen, teilte das Statistische Bundesamt am 25. Oktober in Wiesbaden mit. Ausgewertet wurden Daten aus dem Mikrozensus. Den Angaben zufolge hatte bei 14 Prozent der Paare mit unterschiedlicher Herkunft ein Partner die türkische Staatsangehörigkeit.

Deutsche Frauen, die eine binationale Ehe führten, hatten am häufigsten einen türkischen Ehepartner (17 Prozent). In zwölf Prozent der Fälle waren sie mit einem Italiener und zu sechs Prozent mit einem Österreicher verheiratet. Die in einer binationalen Ehe lebenden deutschen Männer hatten oft eine Partnerin aus der Türkei (elf Prozent), aus Polen (zehn Prozent) oder aus der Russischen Föderation (acht Prozent). *db*

Regierungsbericht:

## Mindestlöhne vernichten keine Jobs

**Berlin** (epd). Die gesetzlichen Mindestlöhne in Deutschland haben einer Untersuchung zufolge kaum negative Auswirkungen. Nach Angaben der Arbeiterwohl-fahrt vom 24. Oktober kommt die Studie von vier Forschungsinstituten im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums zu dem Resultat, dass eine bindende Lohnuntergrenze weder Arbeitsplätze vernichtet noch den Wettbewerb verzerrt.

Endlich könne sich die Bundesregierung nicht mehr mit den angeblichen Nachteilen des Mindestlohns herausreden, sagte AWO-Vorstand Brigitte Döcker. Sie forderte die Einführung einer allgemeinen Lohngrenze von 8,50 Euro, damit eine existenzsichernde Bezahlung stattfinde. *db*

# Förderung für Sozialbetriebe

Bundesregierung will Kapitalfluss verbessern



**Berlin** (epd). Die Bundesregierung und die KfW Bankengruppe starten zum 1. Januar 2012 ein neues Finanzierungsprogramm für Sozialunternehmen, die expandieren wollen, Eigenkapital bis zu 200.000 Euro von der KfW erhalten, teilte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) am 25. Oktober in Berlin mit.

Das Programm richtet sich an Unternehmen, die »mit einem innovativen Geschäftsmodell ein gesellschaftliches Problem lösen wollen und dabei explizit auch das Gemeinwohl im Blick haben«. Wenn das Unternehmen die ersten Schritte erfolgreich bewältigt hat, kann es zur Ausweitung seiner Geschäfte Kapital erhalten. Die KfW arbeitet dabei mit Fonds oder Stiftungen zusammen. Deren Engagement kann die KfW künftig in gleicher Höhe und zu gleichen Konditionen er-

gänzen, im Einzelfall bis zu 200.000 Euro.

»Soziale Innovationen sind der entscheidende Tropfen Öl im Getriebe unseres Fortschritts«, sagte Schröder. Mit dem neuen Förderinstrument werde dem Sozialunternehmen das Kapital zur Verfügung gestellt, das es brauche, damit die Ideen wachsen und viele Menschen erreichen könnten. Der Staat könne die sozialen Herausforderungen nicht alleine bewältigen, ergänzte KfW-Vorstandsmitglied Axel Nawrath. »Wir brauchen auch unternehmerische Lösungen.«

Das Programm erweitert den Finanzierungsspielraum von Sozialunternehmen in doppelter Hinsicht: Erstens wird direkt mehr Eigenkapital für Investitionen zur Verfügung gestellt. Zweitens ist eine solide Eigenkapitalausstattung auch in der Sozialbranche Voraussetzung dafür, dass Banken eigene Kredite gewähren. *Jutta Wagemann ■*

● [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Kinderschutzgesetz

## Länder beharren auf mehr Geld

**Berlin** (epd). Um das Kinderschutzgesetz zeichnet sich ein Tauziehen zwischen Bund und Ländern ab. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) hat an die Bundesländer appelliert, das Gesetz zu unterstützen und mitzufinanzieren. Doch die fordern mehr Geld. Es droht der Vermittlungsausschuss.

Schröders Sprecher sagte am 24. Oktober in Berlin: »Wir appellieren an alle mitzuhelfen.« Mehr Kinderschutz sei nicht zum Nulltarif zu haben und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Demgegenüber sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, dem epd, das Gesetz werde wohl im Vermittlungsausschuss landen, wenn sich der Bund nicht bewege.

Die SPD-geführten Länder Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz wollen im Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen, wenn der Bund bei der Finanzierung nicht nachlegt. Der Bund wolle sich nicht an den rund 90 Millionen Mehrkosten für die Kommunen beteiligen. Außerdem müsse die Finanzierung des Einsatzes von Familienhebammen auf Dauer gesichert werden, verlangte Schwesig.

Der Bund will den Einsatz von Familienhebammen mit 30 Millionen Euro im Jahr fördern, dies aber nur vier Jahre lang. Die Länder fordern, die Krankenkassen sollten diese Leistungen bis zu einem halben Jahr finanzieren. Der Bundestag wollte das Kinderschutzgesetz am 27. Oktober verabschieden. Im November kommt es in den Bundesrat. *bm*

# Bergmann: »Eigentlich geht es erst richtig los«

Die scheidende Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung im Interview

**Berlin** (epd). *Die scheidende Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Christine Bergmann, dringt auf baldige Hilfen für Missbrauchsoffer und die zügige Umsetzung gesetzlicher Reformvorschläge. »Eigentlich geht es erst richtig los«, sagte sie im Gespräch mit dem epd wenige Tage vor Ende ihrer Amtszeit am 31. Oktober. Das Thema Missbrauch dürfe nicht in Vergessenheit geraten. Mit Bergmann sprach Bettina Markmeyer.*

**epd sozial:** *Frau Bergmann, Sie beenden ihre Amtszeit als Beauftragte am 31. Oktober. Geht die Arbeit weiter?*

**Christine Bergmann:** Ja. Es können alle Menschen weiterhin in der telefonischen Anlaufstelle anrufen. Mein Kernteam und die Fachkräfte an den Telefonen bleiben. Eine unabhängige Nachfolgestelle wird es ebenfalls geben. Über die Leitung dieser Stelle sollte möglichst bald auf ministerieller Ebene entschieden werden.

**epd:** *Was ändert sich?*

**Bergmann:** Es kommen neue Aufgaben dazu. Diese Stelle wird eng mit der künftigen Clearingstelle zusammenarbeiten, die über die Hilfen für Betroffene entscheidet. Eine weitere wichtige Aufgabe ist zum Beispiel der Aufbau eines Hilfeportals im Internet.

**epd:** *Was darf nicht passieren?*

**Bergmann:** Das Thema darf nicht in Vergessenheit geraten. Es ist erst der erste Schritt getan, und von Entwarnung sind wir noch weit entfernt. Die Empfehlungen, von denen der Runde Tisch und die Bundesregierung hoffentlich viele übernehmen werden, müssen in konkrete Schritte münden: Wir brauchen bessere Therapie- und Beratungsangebote, das Opferentschädigungsgesetz muss überarbeitet werden, es muss viel für die Prävention getan werden.

**epd:** *Werden Entschädigungen gezahlt?*

**Bergmann:** Das ist Sache der Institutionen, in denen es zu Missbrauch gekommen ist. Dabei sollen aber Standards eingehalten werden. Meine Empfehlung ist, dass sich die Entschädigungen an der Höhe des damaligen Schmerzensgeldes orientieren sollen.

**»Wir müssen auch auf die aktuellen Fälle schauen und in die Zukunft.«**

**epd:** *Was muss auf jeden Fall umgesetzt werden?*

**Bergmann:** Bei uns haben sich vorwiegend Menschen gemeldet, bei denen der Missbrauch sehr lange zurückliegt. Sie brauchen Hilfe. Sie leiden sehr unter den Folgen. Aber wir müssen auch auf die



Foto: epdbild

**Christine Bergmann**

aktuellen Fälle schauen und in die Zukunft. Auch die systematische Aufarbeitung in den Institutionen bleibt ein wichtiges Thema.

**epd:** *Was bedeutet das im Einzelnen?*

**Bergmann:** Wir brauchen Verbesserungen bei den Therapien. Es gibt zu lange Wartezeiten. Einige Behandlungsmethoden, die den Menschen helfen, sind nicht anerkannt oder werden nur stationär bezahlt. Damit wird sich der Runde Tisch beschäftigen müssen, aber auch das Bundesgesundheitsministerium ist hier gefragt. Es soll geprüft werden, inwieweit internationale Studien herangezogen werden können, damit die Zulassung für alternative Behandlungsverfahren wie Traumatherapien oder Kreativtherapien beschleunigt werden können.

Im Opferentschädigungsgesetz muss das Verfahren so verbessert werden, dass die Menschen schnell zu ihren Leistungen kommen. Große Lücken gibt es auch bei der Beratung. Wir haben zu wenige Anlaufstellen für Jungen und für Männer, die lange nach einem Missbrauch Hilfe suchen. Auch für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen und in den ländlichen Gebieten gibt es zu wenig Angebote.

Und schließlich ist Missbrauch kein Thema der Vergangenheit. Deswegen muss es eine starke Sensibilität geben, in der Gesellschaft, aber ganz besonders in den Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Dort muss es Konzepte geben: Wo finde ich Hilfe? Wo ist die nächste Beratungsstelle? Wie muss ich mit dem Jugendamt zusammenarbeiten? Es geht nicht darum, immer gleich die Polizei einzuschalten.

**epd:** *Frau Bergmann, Sie haben sich von Beginn ihrer politischen Laufbahn an mit dem Themen Gewalt, sexuelle Übergriffe und dem Schutz der Schwächeren beschäftigt. Warum?*

**Bergmann:** Bei mir war der Auslöser das Thema häusliche Gewalt. In der DDR gab es das ➤

► angeblich nicht: In einer »heilen« sozialistischen Gesellschaft gab es keine prügelnden Ehemänner. Wegen dieser Ideologie gab es aber auch keine Hilfen. Dann haben wir im Osten Berlins 1990 das erste Frauenhaus aufgemacht, und es war über Nacht voll. Von da an bin ich an dem Thema drangeblieben. Ein Grund waren sicher auch die vielen Geschichten, die an mich herangetragen worden sind. Ich habe damals viel am Telefon gesessen. Das wirkt nach.

**epd:** *Als Beauftragte haben sie über 2.000 Briefe von Missbrauchsoffern gelesen. Wie hat das auf Sie gewirkt?*

**Bergmann:** Am Anfang bleibt einem fast die Luft weg. Ich war immer mit dem Thema vertraut, aber von diesen vielen schlimmen Einzelschicksalen zu hören, das war nicht leicht auszuhalten. Besonders berührt hat mich, wie früh das beginnt: schon im Kleinkindalter. Das war mir nicht bewusst, wie der Missbrauch die Kindheit durchzieht, häufig sogar durch mehrere Täter. Es schreiben mir 50-Jährige, 60-Jährige - und man merkt, wie tief die Wunden sind. Das steckt man nicht weg. Es geht schließlich um Kinder. Man sieht sie vor sich. In den Briefen kommen diese Kinder wieder zum Vorschein, die über so viele Jahre Schlimmes erdulden mussten.

**epd:** *Woran haben Sie sich festgehalten?*

**Bergmann:** Ich habe ein gutes Team, wir haben uns viel untereinander ausgetauscht und beraten. Wir wollten, dass die Betroffenen uns mitteilen, was ihnen fehlt, welche Botschaften sie an die Politik ha-

ben. Ich musste nicht nur auf das Leid hören - ich konnte es ummünzen in Empfehlungen an die Politik. Das hat mir geholfen.

**»Vergebung ist erst möglich, wenn die Täter klar benannt sind.«**

**epd:** *Sie hatten in besonderem Maß mit den Opfern des Missbrauchs in der katholischen Kirche zu tun. Was müssen die Kirchen leisten?*

**Bergmann:** Von den Missbrauchsfällen in Institutionen betrafen zum Zeitpunkt des Abschlussberichts fast die Hälfte die katholische Kirche, für die Kirchen insgesamt waren es 60 Prozent. Von den Betroffenen weiß ich: Wer aus dem kirchlichen Umfeld kommt und gläubig ist, der möchte sich eigentlich nicht von seiner Kirche trennen. Betroffene erwarten aber eine Anerkennung der Schuld durch die Täter und durch die Institutionen, die die Täter geschützt haben. Wenn das nicht überzeugend geschieht, ist das furchtbar - eine erneute Enttäuschung und ein Verlust an Vertrauen, der die Menschen aus der Kirche heraustreiben kann, aus der sie eigentlich gar nicht gehen wollen, in der sie so aber auch nicht bleiben können.

Ich weiß nicht, ob sich die Verantwortlichen in den Kirchen immer darüber im Klaren waren, was das bedeutet. Auch darüber, dass Vergebung überhaupt erst möglich ist, wenn klar benannt ist, wer die Täter sind und wer die Opfer. Kinder sind nie Täter. Kinder sind immer Opfer.

## Frühere Heimkinder fürchten Zweckentfremdung

*Vorwurf: Bundesländer verwenden zu viel Fondsgeld für Verwaltung*

**Berlin (epd).** *Vertreter ehemaliger Heimkinder fürchten, dass aus dem für sie vorgesehenen Hilfsfonds zu viel Geld für Verwaltungstätigkeiten verwendet wird. Der Arbeitskreis Fondsumsetzung Heimerziehung (AFH) warf am 19. Oktober in Berlin den Bundesländern vor, sich aus dem 120-Millionen-Euro-Fonds bedienen zu wollen, statt eigene Mittel für die geplanten regionalen Anlaufstellen aufzubringen. Die Länder sollen den Angaben zufolge bis zu zehn Prozent der Fondseinlagen, also bis zu zwölf Millionen Euro, verwenden können, um da-mit Beratungsstellen aufzubauen.*

Der Arbeitskreis, über den die früheren Heimkinder an der Umsetzung der Beschlüsse über die Heimkinder-Entschädigung beteiligt werden, forderte, die faktische Kürzung der Mittel auf Kosten der Betroffenen müsse zurückgenommen werden. Aus Kreisen der Kirchen, die den Fonds gemeinsam mit dem Bund und den Ländern finanzieren, war zu hören, dass die Länder zwar Geld aus dem Fonds in Anspruch nehmen könnten, dies aber nach dem Willen der Kirchen möglichst nicht tun sollten. Es solle so viel Geld wie möglich bei den Betroffenen ankommen, hieß es.

Man wolle aber die Umsetzung der Hilfen auch nicht an der Finanzierung der Anlaufstellen scheitern lassen.

Von Länderseite hieß es, dass es noch keinen Beschluss darüber gebe, in welcher Höhe die Länder Mittel aus dem Heimkinder-Fonds verwenden können, um Beratungsstellen aufzubauen. Es herrsche aber unter den Ländervertretern die Ansicht vor, dass dies möglich sein müsse. Die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung ließen dies auch zu.

Das sehen die Vertreter der Heimkinder anders: Der Runde Tisch habe nicht vorgesehen, dass die Länder bis zu zehn Prozent des Heimkinder-Fonds verwenden könnten, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Damit stehe den Betroffenen weniger Geld zu Verfügung als beschlossen.

Der Runde Tisch Heimerziehung hatte nach zweijähriger Arbeit Anfang dieses Jahres seine Empfehlungen ausgesprochen. Von 2012 an sollen aus dem Fonds Hilfen für frühere Heimkinder bezahlt werden. 20 Millionen Euro sind für Renten-Nachzahlungen vorgesehen.

# Spätabtreibungen in diakonischen Krankenhäusern

*Ethische Debatte über späte Abbrüche in evangelischen Kliniken*

**Hannover** (epd). *Die Zahl der Spätabtreibungen ist stark gestiegen. Eltern fürchten, dass ihr Kind mit einer Behinderung zur Welt kommt. Evangelische Krankenhäuser diskutieren, ob und wie sie Abbrüche nach der zwölften Woche verantworten können.*

Der Medizinethiker Professor Eckhard Nagel hat sich gegen die Spätabtreibung lebensfähiger behinderter Kinder gewandt. »Eine Gesellschaft, die nicht stolz ist auf ihre Mitglieder, die mit Einschränkungen leben müssen, hat keine Zukunftsperspektive«, sagte Nagel der »Hannoverschen Allgemeinen Zeitung« (Ausgabe vom 24. Oktober). Er lehne einen Schwangerschaftsabbruch bei einem Kind mit genetisch diagnostiziertem Down-Syndrom nach der zwölften Woche ab. Hintergrund ist eine Debatte über späte Schwangerschaftsabbrüche in evangelischen Krankenhäusern.

Nach Angaben ihrer Vertreter beraten evangelische Verbände derzeit über Leitlinien. Bundesweit hatte sich die Zahl der Spätabtreibungen nach der 22. Woche nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr insgesamt verdoppelt. Wie viele Einrichtungen in evangelischer Trägerschaft einen Schwangerschaftsabbruch nach einer so langen Zeit ausführen, sei nicht bekannt, sagte Norbert Groß, Verbandsdirektor des Evangelischen Krankenhausverbandes in Berlin.

Späte Schwangerschaftsabbrüche seien in evangelischen Krankenhäusern die Ausnahme: »Aber auch

ein Einzelfall kann einer zu viel sein, so dass angezweifelt wird, ob wir noch für den Schutz des Lebens eintreten«, sagte Groß. Andererseits löse es die Probleme nicht, Frauen einfach an Kliniken anderer Träger zu verweisen.

In den evangelischen Krankenhäusern Hannovers wird derzeit über Spätabbrüche diskutiert, nachdem die Zahl der Fälle ab der 14. Woche dort zuletzt gestiegen war. Mit einem Ethiktag will ihr Träger, die Diakonischen Dienste Hannover, am 16. November diesen Konflikt thematisieren.

Der Ärztliche Direktor der Universitätsklinik Essen, Eckhard Nagel, sagte, christliche Krankenhäuser seien bei Abbrüchen nach der zwölften Woche generell sehr zurückhaltend. Die moderne Pränataldiagnostik müsse sich fragen lassen, was sie dazu beitrage, dass die Zahl der späten Abbrüche in den vergangenen Jahren ständig gestiegen sei: »Da läuft etwas falsch«, findet Nagel, der auch Mitglied des Deutschen Ethikrates ist und dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages angehört.

Seit 2010 gelten bei Spätabtreibungen in Deutschland gesetzliche Regelungen, die die Ärzte zu einer ausführlichen Beratung vor jedem Eingriff verpflichten. Es wurde auch eine dreitägige Bedenkzeit eingeführt zwischen der Diagnose und der Bescheinigung einer medizinischen Indikation für die Abtreibung.

*Charlotte Morgenthal ■*

*Bundestagswahl*

## SPD strebt nach 2013 Bürgerversicherung an

**Dresden** (epd). Im Falle eines Wahlsiegs bei der Bundestagswahl 2013 will die SPD schnell eine Bürgerversicherung einführen. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sagte der in Dresden erscheinenden »Sächsischen Zeitung« (Ausgabe vom 20. Oktober), die Privatversicherten könnten dann ein Jahr lang überlegen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln oder privat versichert bleiben wollen.

»Für alle, die sich neu versichern, gilt dann einheitlich die Bürgerversicherung«, sagte Nahles. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen dann wieder jeweils die Hälfte der Kosten tragen. Gegenwärtig beträgt der Beitragsanteil der Arbeitnehmer am Krankenkassenbeitrag von 15,5 Prozent 8,2 und der der Arbeitgeber 7,3 Prozent.

Darüber hinaus will die SPD von Arbeitgebern, die besonders hohe Löhne oder Boni zahlen, einen höheren Beitragsanteil zur Krankenversicherung verlangen. Dazu zählten etwa Banken und Versicherungen, sagte Nahles. Unternehmen mit viel Personal und geringeren Löhnen stünden dagegen im SPD-Modell besser da als heute.

Nahles kündigte an, dass Arbeitnehmer dann weniger für ihre Krankenversicherung bezahlen müssten. Ihr Beitragsanteil könne auf 7,6 Prozent des Bruttolohns sinken.

Außerdem wolle die SPD mehr Steuergelder ins Gesundheitswesen stecken. Der heutige Steuerzuschuss von 14 Milliarden Euro pro Jahr solle stetig erhöht werden, so Nahles. Die dafür notwendigen Mittel sollen den SPD-Plänen zufolge aus einer Erhöhung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte kommen. *bm*

*AOK-Studie*

## Arbeit trotz Krankheit schadet dem Arbeitgeber

**Bad Homburg** (epd). Wer trotz Krankheit arbeitet, schadet nach einer Studie der AOK dem Arbeitgeber. Kranke Mitarbeiter arbeiten langsamer, seien unkonzentrierter und trafen eher falsche Entscheidungen, sagte der Sprecher der AOK Hessen, Riyad Salhi, am 21. Oktober in Bad Homburg. Kranke Mitarbeiter im Dienst seien für Unternehmen teurer, als wenn sie ihre Krankheit zu Hause auskurieren.

In einer repräsentativen Studie haben 71 Prozent der Befragten angegeben, in den vergangenen zwölf Monaten einmal krank zur Arbeit gegangen zu sein. »Wer gegen ärztlichen Rat seine Genesung aufschiebt, verschiebt in der Regel lediglich seine Abwesenheit«, sagte die AOK-Ärztin Angela Smith. *lmw*

Gesundheitsminister Bahr:

## Keine Steuergelder für Pflegeleistungen

**Kassel** (epd). Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) lehnt es strikt ab, die Pflege schwerstkranker Menschen aus Steuermitteln zu finanzieren. »Dafür ist die Pflegeversicherung da«, sagte Bahr am 25. Oktober bei der Eröffnung der Richterwoche des Bundessozialgerichts in Kassel. Damit stellte er sich gegen Vorschläge der CSU, die ein »Bundesleistungsgesetz« anstrebt. Danach sollen die Hilfen für schwerstpflegebedürftige und -behinderte Menschen aus dem Steueraufkommen bezahlt werden.

Die Bürger müssten mehr Eigenvorsorge treffen, um die Pflegebedürftigkeit im Alter finanziell abzusichern, sagte der Minister. Nur so könne das Gesundheits- und Sozialsystem aufrecht erhalten werden. Auf der bis zum 27. Oktober dauernden Richterwoche in Kassel diskutieren rund 400 Sozialrechts-Experten über Entwicklungen und Probleme im deutschen Gesundheits- und Sozialsystem.

Unterdessen haben die Grünen ihre Haltung korrigiert, wonach die Pflegereform mit dem Aufbau einer Kapital- und Demografiereserve verbunden sein muss. Ein neues Gutachten habe ergeben, dass bei der Einführung einer Bürgerversicherung für die Pflege ein Kapitalstock zwar möglich, aber nicht sinnvoll sei, hieß es am 19. Oktober in Berlin. *fle/bm*

Statistisches Bundesamt

## Grundsicherung für mehr Menschen

**Wiesbaden** (epd). Rund 797.000 Menschen ab 18 Jahren haben Ende vergangenen Jahres eine Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung erhalten. Wie das Statistische Bundesamt am 21. Oktober in Wiesbaden mitteilte, stieg die Zahl der Hilfebezieher im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Prozent. Damit waren am Jahresende 2010 deutschlandweit zwölf von 1.000 volljährigen Einwohnern auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen.

Am häufigsten bezogen die Menschen in den Stadtstaaten Bremen (21 je 1.000 Einwohner), Berlin und Hamburg (jeweils 20) diese Sozialleistungen. Mit jeweils sieben Empfängern je 1.000 volljährigen Einwohnern nahm die Bevölkerung in Thüringen und Sachsen diese Hilfe am seltensten in Anspruch.

Die Ausgaben für sämtliche Sozialhilfeleistungen sind 2010 um 3,9 Prozent auf 21,7 Milliarden Euro gestiegen. Pro Einwohner wurden damit rechnerisch 266 Euro netto aufgewendet. Mit einem Anteil von 57 Prozent entfiel der überwiegende Teil der Ausgaben auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 19 Prozent wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgewendet. *kfr*

Bundesregierung

## Demografiestrategie wird 2012 vorlegt

**Berlin** (epd). Die Bundesregierung will im Frühjahr 2012 eine Demografiestrategie vorstellen. Sie soll konkrete Vorschläge für Bund, Länder und Kommunen sowie für die Wirtschaft und die Gewerkschaften zum Umgang mit den demografischen Veränderungen enthalten, teilte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 26. Oktober in Berlin mit. Friedrich legte dem Kabinett den ersten Demografiebericht der Bundesregierung vor.

Der Gefahr von Versorgungs- und Mobilitätsengpässen aufgrund des demografischen Wandels müsse rechtzeitig begegnet werden, sagte der Minister. Aus dem Demografiebericht geht hervor, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland von derzeit 81,7 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 sinken wird. Zugleich wird der Anteil der älteren Menschen deutlich steigen.

In dem Bericht werden vier Ziele genannt: die Chancen eines längeren Lebens zu nutzen, die Wachstumsperspektiven zu stärken, die soziale Gerechtigkeit zu erhalten und die Handlungsfähigkeit des Staates zu bewahren. *juw*

Antrag der Linken

## »Schutzschirm für Arbeitsplätze« finanzieren

**Berlin** (epd). Die Bundestagsfraktion der Linken hat sich für einen »Schutzschirm für Arbeitsplätze« ausgesprochen. Dazu gehört die Forderung an die Bundesregierung, das Kurzarbeitergeld vom 1. Januar 2012 an auf mindestens 18 Monate zu verlängern. Außerdem solle sie einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, fordert die Linke in einem Antrag mit dem Titel »Aufbauprogramm gegen die Krise – Schutzschirm für Arbeitsplätze«.

»Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht überwunden«, heißt es zur Begründung. Die EU-Kommission prognostiziere eine deutliche Abkühlung der europäischen Konjunktur und somit eine Verschärfung der Schuldenkrise. Die Bundesregierung habe durch eine Politik des Lohndumpings die Euro-Krise massiv verschärft, rügt die Linke.

Sie spricht sich zudem dafür aus, das Arbeitslosengeld II und der Grundsicherung auf 500 Euro anzuheben sowie die Hartz-Gesetze aufzuheben. Das Programm solle durch eine Millionärssteuer von fünf Prozent auf Privatvermögen über eine Million Euro finanziert werden. Damit könnten pro Jahr 80 Milliarden Euro an Steuern eingenommen werden. *db*

Bundestagsausschüsse

## Kindergeld für junge »Bufdis«

**Berlin** (epd). Allen Teilnehmern am neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) soll rückwirkend und künftig Kindergeld gezahlt werden, wenn sie jünger als 25 Jahre sind. Das beschloss der Finanz- und der Familienausschuss des Bundestages am 26. Oktober in Berlin.

Mit dieser Änderung werde der BFD dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr gleichgestellt, erklärte die jugendpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär (CSU). Die Regelung werde zu einem weiteren Anstieg der Bewerber im Bundesfreiwilligendienst führen. *juw*

# Pflegekräfte werden aufgewertet

Übertragung ärztlicher Tätigkeit / Gemeinsamer Bundesausschuss gibt Startschuss

**Berlin** (epd). *Kranken- und Altenpflegekräfte können künftig eng umrissene ärztliche Tätigkeiten übernehmen. Als ersten Schritt beschloss dazu der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) am 20. Oktober in Berlin einstimmig eine Richtlinie für Modellvorhaben, in denen dies bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung erprobt werden kann. Die Richtlinie beschreibt die Grundlagen der Übertragung der ärztlichen Tätigkeiten sowie Inhalt und Umfang, wie der G-BA mitteilte. Sie gilt für bestimmte Diagnosen bei Bluthochdruck, Demenz, spezifische Infusionstherapien sowie Wund- oder Schmerztherapie.*

Ulrike Döring, Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Fach- und Berufsverbands für Pflege und Gesundheit e. V., verdeutlicht die neue Möglichkeit an dem häufigen Fall aus Altenpflegeheimen, dass der Arzt eine Wunde diagnostiziert und dann die Pflege anweist, mit welchem Mittel sie die Wunde versorgen sollen. »Der Arzt hat immer die Hoheit, auch wenn die Pflegekraft im Wundmanagement fortgebildet ist und den aktuellen Behandlungsstandard besser kennt.« Künftig werde der Arzt weiter die Diagnose stellen, aber über die Art der Behandlung werde eine speziell ausgebildete Pflegekraft selbst entscheiden und sie direkt mit der Krankenkasse abrechnen können.

Schon im Sommer 2008 hatte der G-BA im Zuge der Pflegereform den Auftrag für eine solche Richtlinie erhalten. Seitdem verhandelten die Spitzenverbände der Kassen, der Krankenhäuser, der Patientenvertretungsorganisationen, der Bundesärztekammer der Pflegeberufe. Josef Siebig, unparteiisches Mitglied des G-BA und Vorsitzender des zuständigen Unterausschusses, blickt zurück auf das dreijährige Verfahren, das »sehr komplex« gewesen sei: »Es ging um Besitzstände, die angetastet wurden. Es ist gut, dass nicht lockergelassen wurde.«

Angehörige ohne Rechtsanspruch

## Bundestag stimmt Familienpflegezeit zu

**Berlin** (epd). Pflege und Beruf sollen künftig besser vereinbar sein. Der Bundestag verabschiedete am 20. Oktober mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ein Gesetz zur Familienpflegezeit, das Arbeitnehmern die Pflege von Angehörigen erleichtern soll.

Die Familienpflegezeit sieht vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Sie erhalten eine Art Lohnvorschuss, der nach dem Ende der Pflegezeit ausgegli-

chen wird, indem zunächst weiterhin ein reduziertes Gehalt bei voller Arbeitszeit gezahlt wird. Einen Rechtsanspruch auf Pflegezeit gibt es nicht. Die Opposition kritisierte das Vorhaben als sinnlos. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) sagte, das Gesetz werde vielen pflegenden Angehörigen helfen. Mit Hilfe des Gesetzes könnten sie sich ohne allzu große finanzielle Einbußen Zeit für Pflege nehmen und müssten keine Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dabei würden die Sozialsysteme nicht belastet.

Das Gesetz sei »leider reine Makulatur«, weil ein Rechtsanspruch auf

Andreas Westerfellhaus, Präsident des Deutschen Pflegerats, in dem die Berufsorganisationen von 1,2 Millionen Pflegekräften zusammengeschlossen sind, lobte den »großen Fortschritt für die Gesundheitsversorgung in Deutschland« nach jahrelangem Kampf. Es habe sich der gemeinsame Vorschlag des Pflegerats und des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen durchgesetzt.

Der weitere Weg ist allerdings kompliziert, wie Frank Wagner, der für das Verfahren zuständige Vizepräsident des Deutschen Pflegerats erläutert. Wenn in der Frist von zwei Monaten kein Einspruch erhoben wird, wird das Bundesgesundheitsministerium die Richtlinie veröffentlichen. Dann kann eine Krankenkasse Interesse an einem Modellversuch bekunden und eine Kranken- oder Altenpflegeschule ein entsprechendes Curriculum entwickeln, in dem die Behandlung bei den den genannten Diagnosen gelehrt wird.

Mit Absolventen dieses Kurses, also frühestens nach drei Jahren, können dann Pflegedienste oder Heime einen Modellversuch starten. Das Projekt erfährt eine Evaluation. Sollten die Ergebnisse erfolgreich sein, kann die gezielte Übertragung einzelner ärztlicher Aufgaben Teil der Regelversorgung werden – wie das in anderen europäischen Ländern längst selbstverständlich ist.

Hausarztverbände äußerten sich zustimmend, der Präsident der Bundesärztekammer, Frank-Ulrich Montgomery, warnte hingegen, dieses Verfahren sei »für die Patienten brandgefährlich«.

Katharina Weyandt ■

● In Kürze veröffentlicht der G-BA die genaue Richtlinie: <http://www.g-ba.de>

die Pflegezeit fehle, sagte hingegen Petra Crone (SPD). Es gebe bereits viele flexible Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern: »Wozu dann das Gesetz?« Elisabeth Scharfenberg (Grüne) bezeichnete das Vorhaben der Familienpflegezeit als »gründlich missglückt«. Die pflegenden Erwerbstätigen trügen das volle Risiko.

Nicole Bracht-Bendt (FDP) sagte, es sei den Liberalen besonders wichtig gewesen, einen Rechtsanspruch zu vermeiden: »Die unternehmerische Freiheit darf nicht angetastet werden.«

Laut Bundesfamilienministerium wollen 76 Prozent der Berufstätigen ihre Angehörigen so weit wie möglich selbst betreuen. *aks*

Bundesarbeitsgericht

## Arbeitgeber muss Wunsch nach Elternzeit beachten

**Erfurt** (epd). Arbeitgeber dürfen den Wunsch ihrer Beschäftigten nach einer Elternzeitverlängerung nicht einfach in den Wind schlagen. Sie müssen stattdessen nach »billigem Ermessen« abwägen, ob der Wunsch der Eltern realisierbar ist, urteilte das Bundesarbeitsgericht (BAG) am 18. Oktober in Erfurt. Bei der zu treffenden Abwägung müssten nicht nur betriebliche Belange, sondern auch die Interessen der Eltern berücksichtigt werden.

In dem Rechtsstreit war eine Arbeiterin aus Baden-Württemberg vor Gericht gezogen. Als sie 2008 ihr fünftes Kind zur Welt brachte, vereinbarte sie mit ihrem Arbeitgeber eine einjährige Elternzeit.

Ende 2008 wollte die Mutter wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes die Elternzeit verlängern. Der Arbeitgeber ignorierte jedoch ihren Wunsch. Als die Beschäftigte schließlich nicht zur Arbeit erschien, erhielt sie wegen »unentschuldigtem Fehlen« eine Abmahnung.

Das BAG rügte, dass der Arbeitgeber gar nicht erst angemessen eine mögliche Elternzeitverlängerung überprüft hat. Er müsse aber das Für und Wider dabei abwägen. Insbesondere hätte er den vorgetragenen schlechten Gesundheitszustand der Mutter nicht einfach ignorieren dürfen. Den konkreten Fall verwies das BAG an die Vorinstanz zu weiteren Tatsachenfeststellungen zurück. *fle*

● Az.: 10 Sa 59/09

Bundessozialgericht

## Kein Hartz-IV-Mehrbedarf für rezeptfreie Arznei

**Kassel** (epd). Hartz-IV-Bezieher können für nicht verschreibungspflichtige Medikamente keinen Mehrbedarf beim Jobcenter geltend machen. Denn für den gesundheitlichen Bedarf sind allein die Krankenkassen zuständig, entschied das Bundessozialgericht (BSG) in Kas-

sel in einem am 21. Oktober schriftlich veröffentlichten Urteil.

Im konkreten Fall hatte eine Hartz-IV-Empfängerin aus Berlin zusätzlich zum Arbeitslosengeld II einen Mehrbedarf geltend gemacht. Sie leide an Eisenmangel, Knochenschwund, chronischen Kopfschmerzen und einer Hautallergie. Ihr Arzt habe ihr hierfür nicht verschreibungspflichtige Medikamente verordnet, die die Krankenkasse aber nicht bezahlt.

Mit Urteil vom 26. Mai 2011 wies das BSG die Klage ab. Grundsätzlich seien die Krankenkassen in der Pflicht, das gesundheitliche Existenzminimum der Hartz-IV-Empfänger abzusichern. Im Zweifel müssten sich Arbeitslose daher mit einer Klage an ihre Krankenversicherung wenden und nicht an ihr Jobcenter. Ein Hartz-IV-Mehrbedarf aus medizinischen Gründen kommt nach dem Urteil in Betracht, wenn Zuzahlungen zu Kassenleistungen den Arbeitslosen überfordern. *fle*

● Az.: B 14 AS 146/10 R

Bundesgerichtshof

## Keine Verwahrung wegen Bankraub

**Karlsruhe** (epd). Für Banküberfälle mit einer Spielzeugpistole darf ein Straftäter nicht in Sicherungsverwahrung genommen werden. Gefahren für Vermögen oder Eigentum reichen nicht aus, um die Sicherungsverwahrung anzuordnen, entschied der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe am 19. Oktober.

Im konkreten Fall hatte der Kläger seit 28 Jahren immer wieder Banküberfälle begangen, teilweise auch während eines Hafturlaubs. Dabei erpresste er mit einer Spielzeugpistole Bargelddbeträge. Das Landgericht Gießen hatte den Mann nach zwei weiteren Taten zu einer siebenjährigen Freiheitsstrafe mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt.

Der BGH hat nun die Sicherungsverwahrung aufgehoben. Die Richter begründeten dies mit einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Das höchste deut-

sche Gericht hatte im Mai dieses Jahres die Gesamtregelung der Sicherungsverwahrung in Deutschland für verfassungswidrig erklärt.

Die gesetzlichen Regelungen sind danach nur als Übergangsregelung anwendbar. Eine Anordnung der Sicherungsverwahrung ist laut den Verfassungsrichtern nur im Ausnahmefall und bei Vorliegen der konkreten Gefahr schwerer Gewalt- oder Sexualdelikte zulässig. Werde ein Überfall nur mit einer Spielzeugpistole ausgeführt, liege eine konkrete Gefahr aber nicht vor, urteilte der BGH. *fle*

● Az.: 2 StR 305/11

Landgericht Oldenburg

## Ex-Küster: 4,5 Jahre wegen Missbrauch

**Oldenburg** (epd). Der ehemalige Küster einer evangelischen Kirchengemeinde in Wilhelmshaven ist am 21. Oktober wegen schweren sexuellen Missbrauchs zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Dem 55-Jährigen wurde zur Last gelegt, sich zwischen 1998 und 2010 in mindestens 13 Fällen an zwei Kindern vergangen zu haben. Das Oldenburger Landgericht entsprach mit seinem Urteil dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Der Angeklagte hatte bereits am ersten Verhandlungstag die Taten gestanden. Viele der Übergriffe waren in der Dienstwohnung erfolgt. Die evangelische Kirche hatte dem Verurteilten im Januar nach Bekanntwerden der Vorwürfe den Arbeitsplatz und die Dienstwohnung gekündigt und ein Haus- und Beschäftigungsverbot verhängt.

Obwohl aufgrund seiner akribischen Aufzeichnungen über Jahrzehnte zahlreiche weitere Opfer bekannt sind, war der Mann nur wegen des Missbrauchs an zwei Jungen angeklagt worden. Im ersten Fall ging es um Übergriffe aus den Jahren 1998 und 1999 auf einen damals 13-Jährigen. Zudem wurde der Mann wegen des Missbrauchs eines geistig behinderten zwölfjährigen Jungen in den Jahren 2009 und 2010 verurteilt. *lnb*

● Az.: 6KLS 21/11

## Zwangsbehandlung erschwert

Verfassungsgericht zu psychisch kranken Straftätern



**Karlsruhe** (epd). *Psychisch kranke Straftäter dürfen nur in Ausnahmefällen zwangsbehandelt werden.*

Das Bundesverfassungsgericht gab in einem am 20. Oktober veröffentlichten Beschluss der Klage eines Straftäters recht.

Das Gericht erklärte dabei die erklärte Richtlinien des Landes Baden-Württemberg für verfassungswidrig. Somit darf der Mann nicht dazu gezwungen werden, Medikamente einzunehmen.

Der Mann, der seit 2005 in einer geschlossenen psychiatrischen Einrichtung untergebracht ist, leidet dem Beschluss zufolge an einer multiplen Sexual- und Persönlichkeitsstörung. Als das Psychiatrische Zentrum Nordbaden in Wiesloch ankündigte, den Mann mit einem Neuroleptikum zu behandeln - notfalls auch zwangsweise durch eine Injektion unter Fesselung - zog der psychisch Kranke vor Gericht.

Die Ärzte beriefen sich auf die baden-württembergischen Vorschriften, die eine Zwangsbehandlung erlauben, wenn diese erforderlich

ist, um die Krankheit zu untersuchen und zu behandeln. Der Kläger hatte sich wegen der Nebenwirkungen gegen die Behandlung gewehrt. Die Ärzte hätten die Anordnung der Maßnahme sowieso nur damit begründet, dass er endlich seine Pädophilie einräumen sollte. Der Straftäter argumentierte, mit der geplanten Zwangsmedikation werde sein Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit verletzt.

Die Richter gaben dem Straftäter recht. Eine Zwangsbehandlung sei nur »ausnahmsweise« zulässig, um einen Straftäter »entlassungsfähig zu machen«. Voraussetzung hierfür sei aber, dass dieser wegen seiner Krankheit die Ziele und Folgen der Behandlung nicht überblicken könne.

Im Zweifel müssten Experten außerhalb der Klinik dies begutachten, hatte das Bundesverfassungsgericht in einem weiteren, am 23. März 2011 Fall entschieden. Hier hatten die Richter die rheinland-pfälzischen Regelungen zur Zwangsbehandlung als unzureichend gerügt. *Frank Leth* ■

- Az.: 2 BvR 633/11 (20.10.2011)
- Az.: 2 BvR 882/09 (23.03.2011)

In Deutschland geboren / Ausländische Eltern

## Ansprüche auf Pass gestärkt

**Leipzig** (epd). *Ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern erhält auch dann einen deutschen Pass, wenn ein Elternteil zunächst nur geduldet und erst später als Asylberechtigter anerkannt wurde. Wie das Bundesverwaltungsgericht am 19. Oktober in Leipzig entschied, kann die gesamte Aufenthaltszeit von Vater oder Mutter angerechnet werden, wenn sie das Asylverfahren erfolgreich abgeschlossen haben.*

Um die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen, muss sich ein Elternteil mindestens acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufhalten. Es komme nicht darauf

an, dass der Asyl-Antrag der Eltern schon im ersten Anlauf Erfolg hat, erklärten die Richter.

Der Antrag des Mädchens, das 2008 als Tochter türkischer Staatsangehöriger zur Welt kam, wurde von der Stadt Mannheim im April 2009 zunächst abgelehnt. Der Vater hielt sich zwar bereits seit acht Jahren in Deutschland auf, jedoch wurde er erst in einem Folgeverfahren als asylberechtigt angesehen. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe gab jedoch dem Mädchen recht. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte jetzt das Urteil der Vorinstanz. *lob*

- Az.: BVerwG 5 C 28.10

## Kurz und knapp

**Wird ein Rettungssanitäter** während seines Praktikums zum Rettungsassistenten auf Einsatzfahrten als Zweitkraft eingesetzt, muss er auch entsprechend entlohnt werden. Die zuvor vereinbarte Unentgeltlichkeit als Praktikant steht dem nicht entgegen, urteilte das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg.

- Az.: 6 Sa 444/11, 6 Sa 456/11

**Ein Arbeitsloser** kann nach einem Umzug auch dann seinen Arbeitslosengeldanspruch verlieren, wenn er einem Bekannten beauftragt, Briefe der Arbeitsagentur an ihn weiterzuleiten. Denn durch den Umzug ist der Arbeitslose zur Vermittlung nicht mehr verfügbar, so das Sozialgericht Stuttgart.

- Az.: S 23 AL 5491/10

**Pflegebedürftige Menschen** können sich auch im Rahmen der Krankenpflege die Kosten für das Anziehen eines Stützkorsetts durch einen ambulanten Pflegedienst von der Krankenkasse bezahlen lassen. Das Stützkorsett muss allerdings aus medizinischen Gründen notwendig sein, entschied das Sozialgericht Aachen.

- Az.: S 13 KN 70/11 KR

**Behinderte Menschen** mit einer altersbedingten Sehschwäche können einen kontrastreichen Fernseher nicht als außergewöhnliche Belastung von der Steuer abziehen, entschied das Finanzgericht Rheinland-Pfalz.

- Az.: 2 K 1855/10

**Hartz-IV-Bezieher** können sich die notwendigen Fahrtkosten zu einem Vorstellungsgespräch nicht im Voraus, sondern erst mit Nachweis erstatten lassen, entschied das Bayerische Landessozialgericht.

- Az.: L 16 AS 630/11.B.ER

## Kurz und knapp

Ein Bio-Hotdog-Café hat die Diakonie Baden am 22. Oktober in Mannheim eröffnet. Das Projekt sei bundesweit ohne Beispiel, hieß es. Dort sollen behinderte und nicht-behinderte Menschen gemeinsam arbeiten. Betreiber des sogenannten Inklusionscafés ist die diakonie-project gGmbH, eine Tochtergesellschaft der Evangelischen Kirche in Mannheim.

**Jeder dritte Beschäftigte** steht der privaten Altersvorsorge skeptisch gegenüber. Das geht aus der aktuellen Postbank-Studie zur Altersvorsorge hervor, die am 20. Oktober in Berlin veröffentlicht wurde. Der repräsentativen Befragung zufolge fragen sich 43 Prozent der Bürger, welche private Anlageform überhaupt noch sinnvoll ist. Zur privaten Altersvorsorge gehören auch die staatlich geförderten Riesen-Renten. Nur ein Drittel der Bürger fühlen sich ausreichend für das Alter abgesichert.

»**einzigARTig**« heißt eine Ausstellung der Caritas-Stiftung der Erzdiözese Freiburg, die vom 7. November an Kunstwerke von langzeitarbeitslosen Menschen zeigt. Entstanden ist die Ausstellung im Rahmen eines Kunstwettbewerbs, bei dem 25 der insgesamt 40 eingereichten Beiträge nun ausgestellt werden. Eine Jury wird drei Arbeiten prämiieren. Die Schau ist im Margarete Ruckmich Haus bis 15. Februar 2012 zu sehen.

**Das neue Taubblindenhaus** im Blindeninstitut Würzburg ist am 24. Oktober nach rund anderthalb Jahren Bauzeit offiziell eröffnet worden. Das eigens für Menschen mit Sinnesbehinderungen umgebaute Haus gilt in seiner Form als einmalig in Deutschland. Das etwa 4,4 Millionen Euro teure Projekt konnte nur dank großzügiger Spenden realisiert werden. So spendete der Bayerische Rundfunk 700.000 Euro aus einer Benefizaktion.

Studie:

## Telefonseelsorge eine Frauendomäne

**Bonn/Berlin** (epd). In der Telefonseelsorge sind einer neuen Untersuchung zufolge überwiegend Frauen engagiert. Von den bundesweit 8.500 ehrenamtlichen Mitarbeitern sind mehr als 80 Prozent weiblich, nur jeder fünfte ist ein Mann, heißt es in einer Studie zum Ehrenamt in der Telefonseelsorge, die am 25. Oktober veröffentlicht wurde. Mit der Erhebung, an der 2.145 Freiwillige teilnahmen, wollten die Träger der Telefonseelsorge Motive und Zufriedenheit der Mitarbeiter in Erfahrung bringen.

Laut der Untersuchung sind mehr als die Hälfte der Ehrenamtlichen im mittleren Lebensalter zwischen 30 und 59 Jahren. Zwei Drittel verfügen über einen höheren Bildungsabschluss. Rund 80 Prozent gehören der katholischen oder evangelischen Kirche an. 2,9 Prozent bekennen sich zu einer anderen christlichen Konfession, 0,5 Prozent zu einer anderen Religion und 16,9 Prozent sind nicht religiös gebunden. rc

● [www.telefonseelsorge.de](http://www.telefonseelsorge.de)

Fundraising

## Neuer Analyseansatz spürt Mängel auf

**Haltern am See** (epd). Für Spenden sammelnde Organisationen hat die Agentur »Gute Botschafter GmbH« (Haltern am See) einen neuen Analyseprozess entwickelt. Mit »Eigenland« könne »unter fachkundiger Führung das Fundraising in der eigenen Organisation wie eine unbekannte Insel neu entdeckt werden«, teilte der Anbieter am 28. September mit. Öffentlich vorgestellt wurde der Ansatz erstmals im April beim Fundraising-Kongress in Fulda.

Mit Eigenland sei es möglich, direkt zu bestimmen, wie die Voraussetzungen der eigenen Organisation für erfolgreiches Fundraising sind. Dazu werde nur ein Tag benötigt, hieß es.

Das Ergebnis sei verblüffend, wird Jo Klemens, Leiter Fundraising der

Johanniter-Unfall-Hilfe, zitiert. Er lobte den Ansatz als »spielerischer, konstruktiver und letztlich zielführender als andere Wege«. Er werde deshalb die Workshops zum Aufbau regionaler Fundraising-Strukturen auch künftig weiter einsetzen.

Die Teilnehmer der Kurse schätzen ihre Organisation mit Hilfe konkreter Thesen und Themenbereiche ein. Dadurch entstehe nach und nach ein genaues Abbild des Fundraisings. Die Methode helfe, zukünftige Aufgaben und Strategieanforderungen zu identifizieren. db

● [www.eigenland.de](http://www.eigenland.de)

Umfrage

## Bürger gegen geringere Rentenbeiträge

**Berlin** (epd). Eine deutliche Mehrheit der Bürger will die Überschüsse der Rentenkasse zur Bekämpfung von Altersarmut verwenden und auf eine Senkung des Rentenbeitrags verzichten. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Forschungsinstituts forsa im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), wie der DGB am 25. Oktober in Berlin mitteilte. Die Menschen wollten mehr Sicherheit im Alter, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

79 Prozent der Befragten sprachen sich gegen eine Senkung des Rentenbeitrags aus. Auch die Anhänger der Regierungsparteien lehnten mehrheitlich niedrigere Rentenbeiträge ab. Nur jeder fünfte Anhänger von CDU/CSU (21 Prozent) und FDP (22 Prozent) forderte eine Beitragssenkung. Auch die jüngere Generation hält nichts von Beitragssenkungen: 82 Prozent der 18- bis 44-Jährigen sprachen sich dafür aus, das Geld gegen Altersarmut einsetzen.

Gegenwärtig wird der Rentenbeitrag automatisch gesenkt, wenn die Reserve der Rentenversicherung anderthalb Monatsauszahlungen überschreitet. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung verlangen die Arbeitgeber, die Beitragssätze von derzeit 19,9 Prozent auf zunächst 19,6 und dann 19,1 Prozent zu senken. juw

## »Mehr Rechte für Flüchtlingskinder«

40 Initiativen erhöhen per Internetkampagne den Druck auf die Bundesregierung

**Frankfurt a.M./Berlin** (epd). »*Gleiches Recht für alle Kinder*« – so steht es in der *UN-Kinderrechtskonvention*, die seit Mai 2010 ohne Vorbehalte auch in Deutschland gilt. Dennoch verweigere die Bundesregierung 40.000 Flüchtlingskindern gleiche Rechte, ein Aufwachsen in Würde und die Chance auf eine gute Bildung, beklagen Wohlfahrtsverbände und Kinderschutzinitiativen. Im Zentrum ihrer Kritik steht das Asylbewerberleistungsgesetz. Es schaffe »Kinder zweiter Klasse«. Denn Flüchtlingskinder sind schlechter gestellt als Kinder aus Hartz-IV-Familien.

Parvaneh Ghorishi ringt fast täglich mit den Folgen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Psychologin arbeitet im Evangelischen Zentrum für Beratung und Therapie in Frankfurt am Main. Über 300 »Klienten« wurden 2010 begleitet, Tendenz steigend. Ghorishi kümmert sich auch um minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern nach Deutschland gekommen sind. Zwar leben die Mädchen und Jungen in Einrichtungen der Jugendhilfe, doch psychosoziale Beratung und die Vermittlung von Therapien ist Sache von Ghorishi und ihren Kollegen.

»Es gibt eine ganze Palette von Problemen«, berichtet die aus dem Iran stammende Kurdin. Die Jugendlichen stünden unter enormem Druck, hätten Gewalt und Vertreibung erlebt und »manchmal eine halbe Weltreise hinter sich«. Dazu komme die Trennung von ihren Familien. Viele seien isoliert und sprächen kein Deutsch. »Unter solchen Bedingungen ist es schwer, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen.«

Ihre Kollegin Farah Haidari versteht ebenfalls nicht, warum viele Bestimmungen die Integration von Ausländern behindern. Sie berät Zuwanderer in sozialen Fragen. Haidari hofft, dass das Bildungspaket der Bundesregierung bald auch allen Flüchtlingskindern zusteht. »Das ist von der Idee her eine gute Sache.« Allerdings seien ausländische Eltern, die kein Deutsch sprächen, allein kaum in der Lage, ihr Recht auf Erstattung von Vereinsbeiträgen, Nachhelfkosten oder Ausgaben für Klassenfahrten einzuklagen.

»Kinder, die miserablen Lebensverhältnissen entfliehen, dürfen nicht ein weiteres Mal um ihre Entwicklungschancen gebracht werden«, sagt Lothar Krappmann, Professor und Schirmherr der Kampagne »Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder«. Die Initiative wird von über 40 Verbänden unterstützt und hat seit Juli über 36.600 Unterschriften im Internet gesammelt, mit denen die Unterzeichner die Regierung auffordern, die Diskriminierung von Flüchtlingskindern zu beenden. Krappmann reicht es nicht, das Asylbewerberleistungsgesetz zu kippen. Auch das Jugendhilferecht, zahlreiche Sozialgesetze sowie das Aufenthaltsgesetz gehörten auf den Prüfstand. (Siehe Interview auf Seite 12)

Die Kritik von Verbänden und Flüchtlingsinitiativen an den Sonderregelungen reißt seit Jahren nicht ab. Hauptgrund dafür ist, dass den Betroffenen nach wie vor weit geringere Leistungen zustehen als etwa Empfängern von Hartz IV. Erschwerend kommt hinzu, dass die Grundleistungen seit Einführung des Gesetzes vor 18 Jahren nicht angepasst wurden. Laut Caritas liegen die Hilfen inzwischen rund 35 Prozent unter dem Niveau des Existenzminimums, wie es im Sozialgesetzbuch II festgeschrieben ist. Am deutlichsten sei die Diskrepanz bei sechsjährigen Kindern, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine um 47 Prozent niedrigere Leistung erhalten.

Die Diakonie gehört zu den Trägern der Kampagne. Sie hält das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig. »Es kann nicht zwei Fassungen für das soziokulturelle Existenzminimum geben«, betont Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier. Er hält eine Neuberechnung der Regelsätze allein jedoch für unzureichend. Stockmeier fordert ein grundlegendes Umdenken in der Asyl-Politik. Flüchtlinge müssten auch medizinisch besser versorgt werden und Zugang zu allen sozialen und kulturellen Leistungen erhalten, die Hartz-IV-Beziehern zustehen.

### Caritas: Kaum Chancen auf den Aufbau einer eigenen Existenz

Diese Forderungen erhebt auch die Caritas. Sie kritisiert zudem das für Flüchtlinge geltende Arbeitsverbot mindestens im ersten Jahr ihres Aufenthalts und den stark eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt für weitere drei Jahre. »Die Betroffenen haben kaum Chancen, sich durch eigene Arbeit eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen«, stellte Generalsekretär Georg Cremer im Januar bei einer Anhörung im Bundestag fest.

Neu an Fahrt gewonnen hat die Debatte über die Zukunft des Asylbewerberleistungsgesetzes durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2010 zu den Regelleistungen bei Hartz IV. Karlsruhe legte in seinem Urteil ein Grundrecht auf menschenwürdige Behandlung fest. Diesen Anspruch haben nicht nur Deutsche, sondern alle Menschen hierzulande, also auch Flüchtlinge. Unterschiedliche Leistungen für die Existenzsicherung sind vor diesem Hintergrund schwer zu begründen.

Noch wartet die Bundesregierung ab, doch sie wird handeln müssen: Im kommenden Jahr will das Bundesverfassungsgericht über zwei Verfahren zur Rechtmäßigkeit des umstrittenen Gesetzes entscheiden, die das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zur Prüfung vorgelegt hat.

Dirk Baas ■

● <http://www.jetzterstrechte.de/die-kampagne/die-kampagne.html>

## »Sonderregeln müssen verschwinden«

*Bildungsforscher Krappmann drängt auf Chancengleichheit für Flüchtlingskinder*

**Frankfurt a.M.** (epd). *»Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder« heißt eine Aktion, zu der sich rund 40 Sozialverbände zusammengeschlossen haben. Sie drängen auf Änderungen im Sozial-, Asyl- und Aufenthaltsrecht, damit auch Flüchtlingskinder gleiche Chancen beim Aufwachsen bekommen. Dirk Baas befragte Lothar Krappmann, Soziologie-Professor und Schirmherr der Kampagne.*

**epd:** *Die Bundesregierung hat im Mai 2010 nach langem Zögern ihre Vorbehalte gegen die UN-Kinderrechtskonvention zurückgezogen. Warum sind die Sozialverbände noch nicht zufrieden?*

**Lothar Krappmann:** Den Vorbehalt haben die Regierung und ihre zuständigen Stellen benutzt, um Flüchtlingskinder schlechter zu stellen als andere Kinder in Notlagen, die von staatlichen Hilfen profitieren. Doch bisher ist nichts passiert, um die Benachteiligung der Kinder aufzuheben, die hier bei uns allein oder mit ihren Familien Zuflucht suchen. Die Bundesregierung hat die Ungleichbehandlung dieser Kinder immer mit einem angeblich geringeren sozialen und kulturellen Bedarf begründet. Das war ohnehin fadenscheinig. Ich frage: Wozu gab es überhaupt den Vorbehalt, wenn er nicht die Schlechterstellung begründen sollte?

**epd:** *Welche gesetzlichen Veränderungen sind besonders dringlich?*

**Krappmann:** Alle Vertragsstaaten der Kinderrechtskonvention, und damit nun auch Deutschland, haben sich verpflichtet, »jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung« alle festgelegten Rechte zu gewährleisten. Daraus folgt, dass sämtliche Sonderregelungen verschwinden müssen, die Flüchtlingskinder benachteiligen. Das gilt für Einschränkungen ihres Lebensunterhalts durch niedrigere Sozialleistungen. Ihre Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben muss verbessert werden. Außerdem darf ihre Entwicklung, Bildung und Ausbildung nicht länger erschwert werden. Deshalb müssen sie Zugang zum Bildungspaket bekommen, von dem sie noch ausgeschlossen sind.

**epd:** *Sie beklagen, die Bundesregierung sei untätig. Was tun Sie, um den Druck zu erhöhen?*

**Krappmann:** Wir sprechen mit den Abgeordneten aller Parteien und mit den Verantwortlichen in den Ministerien. Mit diesem Verhalten schadet unser Land nicht nur seinem internationalen Ruf, sondern es schafft sich selbst zusätzliche Probleme. Jedes Kind und jeder Jugendliche in ungesicherter Lebenslage und mit schlechter Ausbildung gehört zu einer Risikogruppe, die der Gesellschaft später womöglich zusätzliche Kosten in den Sozialkassen abverlangt. Das wollen wir klarmachen.

## »Türkische Einwanderer haben das Land geprägt«

*Verbandschef Kolat betont politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe*

**Berlin** (epd). *Die Einwanderer aus Istanbul oder Anatolien haben Deutschland nach Ansicht der Türkischen Gemeinde stärker geprägt als vielen bewusst ist. Die politische Teilhabe und das gesellschaftliche Engagement der Türkei-Stämmigen seien 50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen außerordentlich umfangreich, sagte der Bundesvorsitzende des Dachverbandes, Kenan Kolat, in einem epd-Gespräch in Berlin.*

So gebe es heute 27 Landtagsabgeordnete, fünf Bundestagsabgeordnete und einen Europaabgeordneten mit türkischen Wurzeln. Hinzu kämen auf Landesebene zwei Ministerinnen, eine Staatssekretärin und mit Cem Özdemir ein Parteivorsitzender bei den Grünen im Bund, betonte Kolat. Das zeige, dass die politische Partizipation der eingewanderten Türken sehr gut gelinge. Entgegen der Behauptungen etwa des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin (SPD) bestehe unter ihnen ein großes Interesse, sich an der Gestaltung des Landes zu beteiligen. »Die Türkei-Stämmigen sind in dieser Frage weiter als alle anderen Minderheiten in Deutschland«, unterstrich der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

Dieses Engagement sei aber nicht auf politische Teilhabe beschränkt. Ähnliches gelte auch für Kultur und Sport, wie etwa der Filmemacher Fatih Akin oder der Fußballer Mesut Özil bewiesen. Hinzu kämen »Tausende andere Leute« wie Türkei-stämmige Literaten oder Kabarettisten, die »das migrantische Auge auf die deutsche Gesellschaft« richteten. Auch in der Wissenschaft nähmen Einwanderer heute ihren Platz ein.

Dies lasse sich mit dem Wort »Integration« nur unzureichend erklären, kritisierte Kolat und fügte hinzu: »Wir haben inzwischen bei uns das Wort 'Integration' zum Unwort des Jahres erklärt.« Vielmehr als um »Integration« gehe es um Teilhabe und Partizipation.

Die Zuwanderer aus der Türkei hätten sich dabei vielfach »auf eigene Rechnung integriert«, in dem sie mitunter gegen Diskriminierungen, Beschimpfungen und Rassismus ankämpfen mussten. Die Einwanderer der ersten Generation hätten zudem »oft auch ihre Gesundheit hier gelassen«. Der 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei biete Gelegenheit, diese Leistungen stärker zu betonen. (Siehe auch Bericht auf Seite 13)

Jens Büttner ■

## »Sie riefen mich immer nur 'Ali'«

*Kadir Albay kam 1965 aus der Türkei, um sich fortzubilden - und blieb bis heute*

**Berlin** (epd). *Bis heute sind manche Kunden von Kadir Albay skeptisch. »Türke und Klavier? Das passt doch nicht zusammen«, sagen sie, wenn sie vor Albays Laden und Werkstatt in Berlin-Kreuzberg stehen. Inzwischen winkt er dann gelassen ab. Immerhin hat der »erste Türke in der deutschen Klavierbaugeschichte« - so nennt er sich selbst - schon die Instrumente von Promis restauriert. Die Schauspielerin Angela Winkler ist Kundin bei ihm, im Keller steht der Flügel von Désirée Nick in Einzelteile zerlegt bereit zur Restaurierung.*

Kadir Albay ist keiner der typischen Gastarbeiter der ersten Generation, die nach dem am 30. Oktober 1961 geschlossenen Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland zu Tausenden in die Bundesrepublik kamen, um beim Wirtschaftswunder mit anzupacken. Mit der Anwerbung reagierte die Bundesrepublik auf den steigenden Bedarf an Arbeitskräften. 1955 wurde das erste Anwerbeabkommen mit Italien abgeschlossen. Es folgten ähnliche Abkommen mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).

### 2,5 Millionen Menschen türkischer Abstammung leben in Deutschland

Heute leben hierzulande knapp 2,5 Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Sie sind damit nach wie vor die größte Migrantengruppe. 987.000 sind als Kinder dieser ersten Generation von Gastarbeitern bereits in der Bundesrepublik geboren. 700.000 Menschen haben nach wie vor einen türkischen Pass.

Die größte türkische Gemeinde in Deutschland gibt es in Berlin: Knapp 176.000 Menschen und damit gut fünf Prozent der Haupteinwohner haben einen türkischen Migrationshintergrund (Stand 2010). Die meisten Türken leben in Nordrhein-Westfalen (821.000), die wenigsten im Saarland (20.000).

Der damals 25-Jährige Albay kam nicht in Land, um viel Geld zu verdienen. Er wollte mehr über sein Handwerk lernen, Klaviere nicht nur reparieren und stimmen, sondern auch bauen. Die Firmenchefs von Manthey, Bechstein, Grand, Biese und Speicher erkannten Albays Talent. Schnell wurde er Vorarbeiter. Die Kollegen schätzten ihn. »Sie riefen mich immer nur 'Ali'«, erzählt er heute. Anfangs ließ er sich den Klischee-Namen noch gefallen. Später bat er sie aber, seinen richtigen Namen zu verwenden.

1976 machte Kadir Albay dann in Berlin sein eigenes Klaviergeschäft auf - mit einer Sondergenehmigung, weil er auf dem Papier kein Meister war. Inzwischen ist er Rentner, sein Sohn Hakan hat den Laden über-



Foto: epdbild

**Aus zwei Jahren wurden 46: Klavierbauer Kadir Albay wollte sich nur formbilden und blieb sein Leben lang in Deutschland.**

nommen. An Ruhestand ist trotzdem nicht zu denken. »Ich arbeite, bis ich sterbe«, sagt er.

Als Kadir Albay nach Deutschland kam, wollte er eigentlich nur zwei Jahre bleiben. Er dachte, das reicht, um sich fortzubilden. »Als ich dann hier anfang, merkte ich, dass die Türken gar nichts vom Klavierbau verstehen«, sagt er heute. Aus geplanten zwei Jahren wurden 46. Er lernte seine Frau in Deutschland kennen, zog drei Kinder groß. Heute hat er auch zwei Enkel. »Ich bin zu 80 Prozent deutsch«, sagt er.

Zu den restlichen 20 Prozent zählt auch der deutsche Pass. Albay hat ihn nie beantragt, ihm reicht sein türkischer Ausweis. Den Klavierbauer stört es nicht, dass er in Deutschland nicht wählen darf: »Ich bin zwar überzeugter Sozialdemokrat, aber in politische Dinge mische ich mich nicht ein.«

### 2004 reparierte Albay den Flügel des türkischen Republikgründers Atatürk

Seine Verbundenheit mit der Türkei spürte er 2004 sehr stark. Das Jahr markiert zugleich auch den wahrscheinlich größten Triumph seiner Karriere. Die Türkei fragte in Deutschland, wer am besten geeignet sei, den Flügel des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938) zu restaurieren. »Die waren überrascht, als dann ein Türke geschickt wurde«, erzählt Albay heute mit breitem Grinsen, bevor er sein Ehrengeschenk für die Arbeiten vorsichtig hervorholt. Eine goldverzierte, runde Dose war sein Lohn für die Restaurierung. Geld lehnte er ab: »Es war eine Ehrensache.«

Heute ist er regelmäßig in Istanbul und unterrichtet angehende Klavierbauer. Erst vor kurzem, als in Berlin der kühle Herbst begann, flog er für zwei Wochen in die sonnige Türkei. »Schönes Leben«, sagt er, betont dann aber ganz schnell, wie gern er jedes Mal in die deutsche Hauptstadt zurückkommt. »Istanbul ist so laut. Ich mag die Ruhe in Berlin.« *Corinna Buschow* ■

# Deutscher Caritasverband beschließt Frauenquote

Präsident Neher: »Nur 20 Prozent der ersten Führungsebene sind weiblich«

**Würzburg** (epd). Der Deutsche Caritasverband hat sich bei seiner Delegiertenversammlung in Würzburg für eine Frauenquote von 50 Prozent bei Führungskräften in Unternehmen der Caritas ausgesprochen. Präsident Peter Neher sagte am 20. Oktober zum Abschluss der Tagung, es sei dem Verband durchaus bewusst, »dass eine Quotenregelung auch kritisch zu sehen ist«. Letztlich könne aber nur über eine Quote »eine messbare Größe definiert« und deren Einhaltung auch überprüft werden, erläuterte er.

Vier Fünftel der bundesweit rund 450.000 Beschäftigten bei der Caritas seien weiblich, »doch nur 20 Prozent der ersten Führungsebene sind weiblich«, sagte Neher. Die rund 160 Delegierten empfehlen deshalb den Unternehmen der Caritas die 50-Prozent-Quote für Frauen in Vorständen, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien.

Der Caritasverband wolle in den nächsten drei Jahren darüber hinaus verstärkt das Thema Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt mit einer bundesweiten Initiative ins öffentliche Bewusstsein rücken. Angesichts der Euro- und Finanzkrise sowie möglicher Auswirkungen auf die nationale Handlungsfähigkeit sei eine Debatte über Solidarität äußerst wichtig, sagte Neher.

Solidarisch organisierte Sicherungssysteme und Eigenverantwortung schließen sich laut Caritaspräsident nicht aus. »Die Grenzen zwischen dem, was sozialstaatlich organisiert sein müsse, und dem, was eigenverantwortlich übernommen werden sollte, ist fließend und häufig umstritten«, betonte er. Soziale Sicherheit sei aber auch eine wichtige Voraussetzung für freiwilliges Engagement. Freiwillige und sozialstaatlich organisierte Solidarität sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Bei der »dringend anstehenden Pflegereform« empfiehlt der Caritasverband den Aufbau eines Kapitalstocks sowie einen Risikostrukturausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung. Dringend nötig sei zudem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff, sagte Präsident Neher. Dieser dürfe nicht nur körperliche Beeinträchtigungen berücksichtigen, sondern auch die geistigen Fähigkeiten. Die sei angesichts der wachsenden Zahl der Demenzerkrankungen besonders wichtig.

Die Delegierten des Caritasverbandes hatten vom 18. bis 20. Oktober bei ihrer elften Versammlung über zentrale sozial- und verbandspolitische Fragen debattiert. Der Versammlung gehören Vertreter der Diözesan- und Orts Caritasverbände, der Fachverbände und Ordensgemeinschaften an. *lbm*

Diakonische Konferenz

## »Gegen Abschiebung ins Niemandland«

**Halle** (epd). Der Präsident des Diakonischen Werkes, Johannes Stockmeier, hat die Bundesregierung kritisiert. In seinem Bericht vor der Diakonischen Konferenz am 19. Oktober in Halle protestierte er »gegen die Abschiebung von Hunderttausenden ins Niemandland der Beschäftigungslosigkeit«. Er befürchtet, mit der sogenannten Instrumentenreform werde für viele Langzeitarbeitslose ihre »dauerhafte gesellschaftliche Ausgrenzung besiegelt«.

Zugleich appellierte Stockmeier an die Gliedkirchen der EKD und die Diakonischen Werke sowie an die kommunalen Arbeitsverwaltungen, die praktische Umsetzung des von der Diakonie ausgearbeitete Passiv-Aktiv-Transfer-Modell, zu wagen. Sein Grundgedanke sei, soziale Transferleistungen in Leistungen der Arbeitsförderung umzuwidmen. Wünschenswert wäre ein Praxistest, sagte der Verbandschef.

Stockmeier kündigte in Halle an, die Diakonie werde die Umsetzung des neuen Bundesfreiwilligendienstes weiterhin unterstützend und kritisch begleiten. Sie wolle dazu beitragen, »dass die gute Idee der Förderung freiwilligen Engagements nicht durch einen bürokratischen Hindernislauf und Hürden für die Träger ins Gegenteil verkehrt wird«. *mj*

Diakonische Konferenz

## Besseren Schutz für Flüchtlinge gefordert

**Halle** (epd). Die Diakonische Konferenz in Halle hat einen stärkeren Schutz der weltweit 43 Millionen Flüchtlinge gefordert. Zwei Drittel von ihnen müssten ohne internationalen Rechtsschutz auskommen, da sie keine Staatsgrenzen überschritten hätten, kritisierte das Parlament des bundesweiten Diakonischen Werkes am 20. Oktober in Halle. Staatliche und nichtstaatliche bewaffnete Gruppen griffen die Vertriebenen oft an und verstießen gegen humanitäres Völkerrecht.

Gleichzeitig sei es wichtig, die Europäische Union und Deutschland stärker für die Neuansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement) in die Verantwortung zu nehmen, erklärte Cornelia Füllkrug-Weitzel, Vizepräsidentin des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Direktorin der Hilfsorganisation »Brot für die Welt«. Die Länder, in denen die Menschen zuerst Zuflucht suchten, seien meist durch die Aufnahme der Vertriebenen überfordert.

Die Diakonie forderte zudem eine Ausweitung des Flüchtlingsschutzes. Auch Menschen, die wegen der Folgen des Klimawandels und aufgrund extremer Armut ihre Heimat verließen, müssten anerkannt werden.

Nach Angaben der Diakonischen Konferenz leben vier Fünftel der weltweit über 43 Millionen Flüchtlingen in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Die meisten befänden sich schon seit mehr als fünf Jahren auf der Flucht. Nur wenige von ihnen würden offiziell als Flüchtlinge anerkannt. *lob*

## »Interessenausgleich gelingt beim Dritten Weg«

*Verbandschef Stockmeier will Arbeitsbedingungen bei der Diakonie transparent machen*

**Halle** (epd). *Die Diakonie ist als Arbeitgeber in der öffentlichen Kritik. Der Präsident des Wohlfahrtsverbandes, Johannes Stockmeier, zeigt sich vom Dritten Weg überzeugt, will aber mehr Transparenz über die Situation an diakonischen Arbeitsplätzen herstellen. Er antwortete am Rande der Diakonischen Konferenz, die von 18. bis 20. Oktober in Halle stattfand, auf Fragen von Markus Jantzer.*

**epd sozial:** *Das kirchliche Arbeitsrecht ist seit dem Urteil des Landesarbeitsgerichts in Hamm vom Januar, in dem die Richter das uneingeschränkte Streikverbot abgelehnt haben, unter Druck. Was muss sich ändern?*

**Johannes Stockmeier:** Zunächst ist abzuwarten, wie die nächste Instanz, das Bundesarbeitsgericht in Erfurt, entscheiden wird. Das ist eine offene Frage, denn die Richter in Hamm haben mit ihrem Urteil in das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen eingegriffen. Das muss nun das höchste deutsche Arbeitsgericht prüfen. Möglicherweise tragen die streitenden Parteien, die evangelische Kirche und die Gewerkschaft ver.di, danach den Fall zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe. Denn es geht ja schließlich um eine sehr grundsätzliche Frage.

**epd:** *Angestellte von kommunalen Krankenhäusern dürfen streiken. Pfleger und Ärzte kirchlicher Häuser dürfen dies nicht. Können sie das plausibel erklären?*

**Stockmeier:** Wir erleben, dass den Protestaufrufen von ver.di im September nur wenige diakonische Mitarbeiter gefolgt sind. Das zeigt: Sie sehen sich bei ihren Vertretern, die ihre Interessen im Rahmen des Dritten Weges vertreten, gut aufgehoben. Die Aktionswoche hatte sich explizit gegen den Dritten Weg gerichtet - und das Echo war äußerst gering.

**epd:** *Die Gewerkschaft ver.di hat die Monatsgehälter, die nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst TVöD gezahlt werden, verglichen mit den Bruttogehältern nach den Arbeitsvertragsrichtlinien des Diakonischen Werkes der EKD. Diesen Tabellen ist zu entnehmen, dass langjährig tätige Fachkräfte in der Pflege oder auch in Kindertagesstätten bei der Diakonie deutlich weniger verdienen als ihre TVöD-Kollegen. Wer bezahlt nun leistungsgerecht?*

**Stockmeier:** Das von ver.di vorgelegte Zahlenwerk ist für uns nicht nachprüfbar. Die Vorwürfe stehen schon lange im Raum, sind aber nicht klar belegt. Außerdem hat ver.di bei dieser Statistik, die auch auf ihrem Bundeskongress in September auf den Tisch gelegt worden ist, bestimmte Leistungsentgelte wie etwa das 13. Monatsgehalt einfach nicht berücksichtigt.

**epd:** *Wie begegnen Sie der Kritik, die Arbeitsrechtlichen Kommissionen seien nur arithmetisch, nicht aber faktisch paritätisch besetzt? Der Vorwurf lautet, die professionellen Arbeitgebervertreter seien den ehren-*



**Johannes Stockmeier**

*amtlich tätigen Mitarbeitervertretern schon aufgrund ihres Knowhow-Vorsprungs in den Lohnverhandlungen weit überlegen. Daher müsse die Arbeitnehmerseite ebenfalls von Profis vertreten werden.*

**Stockmeier:** Ich bestreite die angebliche Überlegenheit entschieden. Ich finde es auch anmaßend von ver.di zu behaupten, andere Dienstnehmervertreter seien nicht in

der Lage und zu schwach, die Interessen ihrer Gruppe nachdrücklich und erfolgreich zu vertreten. Gerade der gut funktionierende Interessenausgleich in der Arbeitsrechtlichen Kommission der Bundesdiakonie beweist das Gegenteil. Wir hatten ja auf Bundesebene die merkwürdige Situation, dass Arbeitnehmervertreter das Gremium durch Nichterscheinen blockiert haben. Diese Blockade hat die Diakonische Konferenz im vergangenen Jahr auf einer Sondersitzung aufgelöst, indem nur noch Mitarbeitervertreter, die dem Dritten Weg folgen, in der Kommission mitarbeiten dürfen. Und siehe da: Die verhandelten Ergebnisse können sich sehen lassen.

**epd:** *Sie haben sich mehrfach kritisch darüber geäußert, wenn Mitgliedsunternehmen Leiharbeit, Outsourcing und Tarifflicht betreiben. Was tun Sie als Diakonienpräsident dagegen?*

**Stockmeier:** Mit dem Begriff Leiharbeit sollte man vorsichtig umgehen. So haben etwa Diakonissen seit jeher Dienst in unterschiedlichen Häusern verrichtet. Das war im Grunde eine frühe Form der Leiharbeit, die stets akzeptiert wurde. Richtig ist aber: Wir haben in der Diakonie Mitgliedschaftsbedingungen, die eingehalten werden müssen. Das wird von den gliedkirchlichen diakonischen Werken auch überwacht. Schwierig wird es allerdings, wenn Kostenträger Entgelte, etwa in der Altenpflege bezahlen, die den Häusern eine Refinanzierung schier unmöglich macht. Es gibt kommunale Gebietskörperschaften, die bei der Belegung Träger bevorzugen, die deutlich unter Tarif entlohnen.

**epd:** *Der Bundesverband hat bei Einrichtungen eine Umfrage gestartet, um mehr zu erfahren über die Arbeitsbedingungen bei diakonischen Einrichtungen. Große Träger wurden vom Arbeitgeberverband VdDD aufgefordert, nicht zu antworten. Werden Sie dennoch zu aussagefähigen Ergebnissen kommen?*

**Stockmeier:** In der Tat stehen bei vielen großen Trägern die Antworten noch aus. Insgesamt haben sich aber viele Einrichtungen beteiligt. Die Sache ist in Arbeit. Wir hoffen, mit der Unterstützung eines unabhängigen Instituts noch in diesem Jahr belastbare empirische Daten liefern zu können.

# Wieder Proteste gegen die Macht der Banken

Zahl der »Occupy«-Demonstranten in Deutschland gesunken

**Frankfurt a.M./Brüssel** (epd). *Mehrere tausend Menschen haben am 22. und 23. Oktober in Deutschland gegen die Macht der Banken protestiert. Die Beteiligung an den Demonstrationen war jedoch deutlich geringer als eine Woche zuvor, als in Deutschland etwa 40.000 Menschen im Gefolge der weltweiten »Occupy«-Bewegung auf die Straße gingen. Nach Angaben der globalisierungskritischen Organisation Attac fanden in mehr als 20 deutschen Städten Proteste statt.*

Etwa 6.000 Demonstranten wurden nach Angaben der Organisatoren in Frankfurt am Main gezählt. In Berlin und Köln gingen nach Schätzungen von Attac jeweils rund 1.500 Menschen auf die Straße. In Düsseldorf seien es etwa 1.000 gewesen. In einigen Städten gab die Polizei teils deutlich niedrigere Teilnehmerzahlen an.

Kaum Proteste gab es am 23. Oktober am Rande des Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Etwa 50 Demonstranten versammelten sich in der Nähe des Ratsgebäudes, in dem der EU-Gipfel über Auswege aus der Euro-Schulden-Krise beriet. In der Woche zuvor waren in Brüssel noch 6.000 Menschen auf die Straße gegangen, um ein gerechteres Finanzsystem zu fordern. Demonstrationen gegen die Macht der Banken gab es unter anderem auch in London, Madrid, Athen, Dublin, Oslo, New York und Los Angeles.

In Berlin zogen die Demonstranten im Anschluss an Kundgebungen am Brandenburger Tor und vor dem Roten Rathaus zur Wiese vor dem Reichstagsgebäude. Die Polizei kündigte an, eine dauerhafte Besetzung des Platzes innerhalb der Bannmeile um den Bundestag nicht zu dulden. Ein Aufbau von Zelten würde unterbunden, sagte eine Sprecherin dem epd. Am späten Abend beendeten die Kundgebungsteilnehmer von sich aus ihre unangemeldete Demonstration. Die Polizei sprach von einem friedlichen Verlauf. In Frankfurt am Main harren Demonstranten seit gut einer Woche in einem Protestcamp vor der Europäischen Zentralbank (EZB) aus.

Bundesbank-Präsident Jens Weidmann äußerte Verständnis für die weltweiten Proteste. »Die Menschen, die demonstrieren, sprechen einen richtigen Punkt an - nämlich, dass wir noch nicht alle Lehren aus der Krise umgesetzt haben«, sagte er. Vor drei Jahren sei eine Regulierung der Finanzmärkte verabredet worden, die noch nicht vollständig erfolgt sei.

Auch die große Mehrheit der Bundesbürger hat Verständnis für die weltweiten Proteste, die von der Mitte September formierten »Occupy Wall Street«-Bewegung in New York ihren Ausgang nahmen. Wie eine Umfrage für das Nachrichtenmagazin »Focus« ergab, können 87 Prozent der Deutschen den Ärger der Demonstranten nachvollziehen. Nur zwölf Prozent hätten kein Verständnis. *lmw/lwd/lob/isg/kfr*

Soziologe glaubt nicht an eine große Protestwelle in Deutschland

## »So eine Art Hängepartie«

**Berlin** (epd). *Der Soziologe Dieter Rucht zweifelt an einem großen Zulauf zu den Anti-Banken-Protesten in Deutschland. »Ich sehe keine große Protestwelle auf uns zurollen«, sagte der 65-Jährige am 24. Oktober dem epd in Berlin. Es sei angesichts der unterschiedlichen Interessen der Demonstranten »sehr schwer, dem ganzen eine Richtung zu geben«.*

Die Proteste würden zwar weitergehen, sie befänden sich aber derzeit »in so einer Art Hängepartie«, sagte Rucht. Man warte auf Entscheidungen der Politik und gegebenenfalls auch auf Ergebnisse. Anderenfalls ließen sich kaum konkrete Forderungen erheben. Die Camps und Besetzungen würden schon aufgrund der behördlichen Auflagen und der zunehmenden Kälte kleiner werden, ergänzte er.

Generell gelte, dass in Ländern wie den USA das »Betroffenheitspotenzial« größer sei als in Deutschland mit seinem funktionierenden Sozialsystem, sagte der Protestforscher. Es sei aber nicht immer automatisch so, dass die Demonstrationen dort am größten seien, wo die meisten Menschen betroffen sind. Wichtig sei auch das »Beharrungsvermögen« und die Motivation der Protestierenden. Dafür fehle den Demonstranten insbesondere in Deutschland aber noch zu sehr das gemeinsame Anliegen und die klare Organisation.

Die Bewegung müsse sich »erst einmal sortieren und Strukturen gewinnen«, ergänzte Rucht. Organisationen wie Attac könnten das zwar leisten, seien aber von den Protesten eher überrascht worden. Zudem sei die »Occupy Wall Street«-Bewegung von ihrem ur-

sprünglichen Selbstverständnis her sehr skeptisch gegenüber etablierten Gruppierungen. Dies könne mittelfristig zu einem »Nebeneinander« oder auch zu einem Ende der Proteste führen.

Generell brauche es für eine erfolgreiche und massive Protestbewegung konkrete Anlässe, ergänzte Rucht. Dies könnte eine falsche Entscheidung der Politik sein oder ein »externes Ereignis« wie die Katastrophe in Fukushima, die der Anti-Atombewegung großen Zulauf gab.

Rucht war bis zum Juni 2011 Co-Leiter der Forschungsgruppe »Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland. *Ann Kathrin Sost ■*

# Keine Revolte im Land der »Empörten«

Die Protestbewegung mobilisiert in Frankreich nur wenige

**Paris** (epd). *Obwohl in Frankreich Arbeitslosigkeit herrscht wie in Spanien oder den USA, mobilisiert die Protestbewegung gegen die Finanzwelt nur wenige. Nur zu Hunderten beteiligten sich die Franzosen in Paris und der Provinz an den weltweiten Demonstrationen gegen die Macht der Finanzwelt - und das im Land des »Empört Euch«-Autors Stéphane Hessel. Am Aktionstag der Gewerkschaften gegen die Sparpolitik der Regierung Anfang Oktober zählte die Polizei nur einige zehntausend Protestler - vergleichbar wenige für französische Gewerkschafts-Kundgebungen.*

Dagegen häufen sich in Frankreich individuelle Verzeiflungstaten. In Paris nahm ein 44-Jähriger die Direktorin eines Arbeitsamtes als Geisel. Nach vier Stunden Verhandlungen gab er auf. Der Mann sucht seit Monaten eine Arbeit und wollte auf seine hoffnungslose Lage aufmerksam machen.

In Beziers in Südwestfrankreich übergoss sich eine Lehrerin vor ihren Schülern mit Benzin und zündete sich an. Die Frau starb an ihren Verletzungen, ihre Kollegen streikten gegen den starken Druck, den Lehrer heutzutage im Beruf ausgesetzt sind.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy befindet sich seit Wochen am unteren Ende der Beliebtheitsskala. Dass er als Krisenkapitän durch die Welt eilt, um den Euro und damit die Europäische Währungsunion zu retten, verfolgen die Franzosen mit einer gewissen Distanz. Sie stehen Griechenlandhilfen mehrheitlich skeptisch gegenüber.

Vor einem Jahr noch waren sie für Solidarität - in der Hoffnung, dass Deutschland die Kosten dafür übernehme. Unmut und Unzufriedenheit brodeln im Land,

aber bisher reicht das nicht zu einer Protestbewegung.

Bei der Vorwahl der Sozialisten zu den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr spielte Kritik an Banken und Finanzmärkte indes eine wichtige Rolle. Aller Voraussagen zum Trotz begeisterten sich die Franzosen für die erstmalig stattfindende Vorwahl. Fünf Millionen verfolgten die Fernsehdebatten der sechs Kandidaten am Bildschirm, mehr als bei den beliebtesten Fernsehserien. Eine Million Teilnehmer an der Vorwahl hätte die Partei als Erfolg gewertet, letztendlich gingen fast drei Millionen zu den Urnen.

Schließlich setzte sich der Favorit François Hollande durch. Doch die Überraschung nach dem ersten Wahlgang war Arnaud Montebourg. Er kritisierte das politische System der Fünften Republik. Vor allem aber tritt er für eine »Entglobalisierung« ein. Nach Jahrzehnten liberaler Ideologie ist die »démondialisation« plötzlich kein Schimpfwort mehr.

Zum Wahlversprechen des Präsidentschaftskandidaten François Hollande gehört zwar, die Staatsverschuldung bis 2017 auf null zu bringen. Hollande wird nun aber zu einem Spagat gezwungen: Er muss seine sozialdemokratische Sparpolitik mit den Forderungen des linken Flügels seiner Partei vereinbaren. Dieser will Geld der Besserverdiener in ein Wirtschaftsprogramm stecken.

Zudem muss Hollande die Linksfrente aus Kommunisten und abgesprungenen Sozialisten für sich gewinnen - diesem Block sagen Meinungsforscher im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl bis zu acht Prozent voraus. *Martina Zimmermann ■*

Note des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden

## Vatikan ruft zu Einrichtung einer Weltnotenbank auf

**Rom** (epd). *Der Vatikan hat eine umfassende Reform der weltweiten Finanzmärkte gefordert. Der rief die internationale Gemeinschaft am 24. Oktober zur Einrichtung einer Weltnotenbank auf, um die Finanzströme zu regulieren.*

Im Hinblick auf eine demokratisch legitimierte Weltautorität empfiehlt das 41-seitige Dokument eine Stärkung bestehender internationaler Institutionen wie der Europäischen Zentralbank (EZB). Die schrittweise Einrichtung einer Weltnotenbank muss nach Auffassung des Päpstlichen Rates von den Verein-

ten Nationen ausgehen. In diesem Zusammenhang müsse die internationale Gemeinschaft jedoch zunächst eine »stärkere Fähigkeit zur Annahme bindender Entscheidungen« entwickeln, heißt es in der Vatikannote.

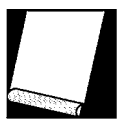
Institutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) hätten seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts an Bedeutung verloren, so dass sie nicht mehr in der Lage seien, die wachsenden Finanzströme zu kontrollieren, beklagt das Vatikandokument. Zudem mangle es an weltweit gültigen Regeln für die Märkte.

Für eine stärkere Regulierung der internationalen Märkte macht der Vatikan eine Reihe konkreter Vorschläge. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde die Bildung weltweiter Reserven ermöglichen, mit denen Krisenländer gestützt und Schulden abgebaut werden können.

Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden dringt darüber hinaus auf eine Kapitalerhöhung der Banken notfalls auch mit Hilfe öffentlicher Mittel. Als einen der Hauptgründe für die Krise nennt die Note das starke zum Wirtschaftswachstum.

## »Generation Wodka«

*Buch warnt vor Folgen des Komasaufens*



**BUCHTIPP**

**Berlin** (epd). *Ein neues Buch zum »Komasaufen« bei Jugendlichen mit dem Titel »Generation Wodka« fordert, den Konsum von Alkohol aus dem öffentlichen Raum zu drängen. Sich zu besaufen, zu erbrechen und weiterzutrinken sei für viele Jugendliche zum Volkssport geworden, warnt Bernd Siggelkow, einer der Autoren des Buches mit dem provozierenden Titel.*

Er appelliert an die Politik, ein vollständiges Alkoholverbot in der Öffentlichkeit zu verhängen, eine Promillegrenze im öffentlichen Nahverkehr festzulegen sowie ein generelles Werbeverbot für Alkohol einzuführen.

Die Autoren zitieren unter anderem eine Studie der DAK, nach der bereits zehn Prozent der Kinder unter zwölf Jahren jede Woche Alkohol trinken. Dabei nehme der Konsum von Bier und Wein bei

Jugendlichen ab, der von harten Alkoholika aber deutlich zu, heißt es in der Publikation. Dies sei beileibe kein Phänomen der »Unterschicht«, sagte Siggelkow. Es herrsche eine »Wohlstandsverwahrlosung«. Viele Kinder hätten genügend Geld, aber die Eltern keine Zeit, um sich um deren Aufklärung zu kümmern, moniert er.

Der Verleger des Buches, Ralf Markmeier vom adeo-Verlag, sagte, die Forderung der Autoren, das »selbstverständliche Trinken« aus dem öffentlichen Leben zu verbannen, möge auf den ersten Blick weltfremd erscheinen. Er erinnerte jedoch daran, dass es beim Rauchen anfangs eine ähnliche Debatte gab, die Initiative aber schließlich zum Erfolg führte.

*Ann Kathrin Sost ■*

● Wolfgang Büscher, Bernd Siggelkow, Markus Mockler, »Generation Wodka: Wie unser Nachwuchs sich mit Alkohol die Zukunft vernebelt«, adeo-Verlag, 14,99 Euro

*Fluchtgeschichten*

## Plädoyers gegen Abschottung

**Karlsruhe** (epd). *In seinem neuen Buch »Das Meer zwischen uns« schildert Gabriele del Grande anhand von Zeugenaussagen Flucht und Migration in Zeiten der rigiden Abschottung Europas. Er schildert deren Erinnerungen und deren Mut, auf der Suche nach einer Lebensperspektive das Wagnis der Fahrt über den Ozean gewagt zu haben.*

Herausgegeben wurde das Werk von »borderline europe« und Pro Asyl. Bekannt wurde der Autor mit seinem Buch »Mamadous Fahrt in den Tod«, das 2008 erschien und viel Zuspruch erfuhr.

Nach Angaben des Verlages hat del Grande drei Jahre lang recherchiert. Jetzt decke er Missstände bei Behörden auf und gehe auch die nationalen Gesetze der EU-Staaten an, die er mitschuldig hält für viele tödliche Fluchtversuche

von den Küsten Nordafrikas übers Mittelmeer.

Der Autor hat viele Zeugen befragt und schildert die Geschichte von Menschen, die ihre Angehörigen bei der Flucht verloren haben, die getrennt wurden von ihren Angehörigen, deren Eltern oder Geschwister seit Jahren in Abschiebehaft sitzen und keinen Kontakt nach draußen haben. Stets geht es um Verlust, Ungerechtigkeit, Ignoranz, aber auch nicht versiegende Hoffnung. Del Grande gibt auch den Betroffenen eine Stimme, von der er sagt, dass sie von den verantwortlichen Politikern in Parlamenten und Behörden der EU gehört wird.

*Dirk Baas ■*

● Gabriele del Grande: *Das Meer zwischen uns. Flucht und Vertreibung in Zeiten der Abschottung*, Karlsruhe 2011, 216, S., 16,90 Euro, ISBN 978-3-86059-525-1

*Bürgergesellschaft*

## Alle Handlungsfelder im Überblick

**Berlin** (epd). Der Ratgeber »Handlungsfelder Bürgergesellschaft« der Initiative Aktive Bürgergesellschaft ist erschienen. Die 20-seitige Broschüre im Taschenformat bietet dem Herausgeber zufolge einen systematischen Überblick über vier zukunftsrelevante Handlungsfelder bürgerschaftlichen Engagements: Umwelt- und Ressourcenschutz, Demokratie und Frieden, Integration und Teilhabe sowie Werte und Bildung. Das Heft »empfiehlt sich als Wegweiser für Privatpersonen, Vertreter von Unternehmen, Banken und Förderinstitutionen«, hieß es.

Die Broschüre wolle aufzeigen, welche Themen man mit dem persönlichen oder institutionellen Engagement gesetzt werden können. Sie verweist auf in den jeweiligen Bereichen tätigen gemeinnützige Organisationen. Eine Checkliste für die Projektförderung runde den Ratgeber ab. *db*

● [www.aktive-buergergesellschaft.de](http://www.aktive-buergergesellschaft.de)

*Ratgeber*

## Tipps zu Trennung und Scheidung

**Düsseldorf** (epd). Was bei einer Scheidung an finanziellen Dingen geregelt werden muss, darüber informiert ein neuer Ratgeber der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Die Broschüre »Trennung, Scheidung und die finanziellen Folgen« bietet eine Orientierungshilfe mit nützlichen Tipps und anschaulichen Erläuterungen der Gesetzestexte, teilt die Verbraucherzentrale in Düsseldorf mit. Es werde erklärt, wie ein Scheidungsverfahren funktioniert, welche Regeln bei der Aufteilung von Vermögen und Gütern zu beachten sind und wie Unterhaltsansprüche ermittelt werden. *lwd*

● Das Buch kostet 11,90 Euro und kann für 2,50 Euro Porto- und Versandkosten bei der Verbraucherzentrale bestellt werden unter Telefon 0211/3809-555, [www.vz-ratgeber.de](http://www.vz-ratgeber.de)

# NS - Zwangsarbeit unterm Kreuz

Hannoversche Landeskirche legt Studie vor

**Hannover** (epd). *Mehr als 65 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die hannoversche Landeskirche die Zwangsarbeit in ihren Einrichtungen während der NS-Zeit erforscht. »Aus der Beteiligung von Kirche und Diakonie am System der Zwangsarbeit sind Schuld und Verantwortung erwachsen«, sagte der Präsident des evangelischen Landeskirchenamtes, Burkhard Guntau, am 25. Oktober in Hannover bei der Vorstellung der Studie.*

Die Autoren des Buches »Die fremden Nächsten« haben 135 Frauen und Männer namentlich ermittelt, die während des Nationalsozialismus zwangsweise für die hannoversche Kirche und Diakonie gearbeitet haben. Die wirkliche Zahl liegt nach ihren Recherchen jedoch höher. Die meisten von ihnen seien in der Landwirtschaft sowie als Haus- und Küchenhilfen tätig gewesen, sagte die Historikerin Uta Schäfer-Richter.

Der Studie zufolge ging es den Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen besser als etwa Zwangsarbeitern in der Industrie

und Rüstungsproduktion. Das habe aber weniger an der generellen Einstellung der kirchlichen Einrichtungen als an den grundsätzlich menschlicheren Arbeitsbedingungen in der Land- und Hauswirtschaft gelegen, hieß es. Unter anderem waren in den Kästorfer Anstalten in Gifhorn, im Linerstift in Celle und in den hannoverschen Einrichtungen Annastift, Henriettenstift und Stephanstift Zwangsarbeiter eingesetzt.

Gemessen an zwölf Millionen Ausländern, die während der NS-Zeit in Deutschland als Zwangsarbeiter arbeiten mussten, sei der Anteil in kirchlichen Einrichtungen gering gewesen, sagte Guntau. Allerdings habe man das System nicht infrage gestellt: »Die Kirchen nahmen ihre Verantwortung als gesellschaftliches Gewissen nicht wahr.«

Karen Miether ■

● Die fremden Nächsten - Zwangsarbeit in der hannoverschen Landeskirche und ihrer Diakonie, Martin Engelhardt und Uta Schäfer-Richter, Landeskirchliches Archiv Hannover 2011, 171 Seiten

► **Jens Rannenberg** (48), seit



2006 Vorstand der Diakonischen Heime im niedersächsischen Gifhorn-Kästorf, ist zum neuen Vorsitzenden der bundesweiten Evangelischen Obdachlosenhilfe

gewählt worden (Foto). Die Berliner Diakoniedirektorin **Susanne Kahl-Passoth** hatte den Vorsitz Ende vergangenen Jahres niedergelegt. Rannenberg ist Diplomingenieur der Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomie. Der gebürtige Göttinger leitete unter anderem in Magdeburg das Ministerbüro im Finanzministerium und war Geschäftsführer von Beteiligungsgesellschaften des Landes Sachsen-Anhalt.

► **Bernd Weber**, Vorstandsvorsitzender des evangelischen Gesundheitskonzerns Agaplesion, verlässt das Unternehmen. Der Bankkaufmann und Betriebswirt verlässt die in Frankfurt am Main ansässige gemeinnützige Aktiengesellschaft zum 31. März 2012 auf eigenen Wunsch, teilte Agaplesion am 26. Oktober mit. Eine Nachfolgeregelung gebe es noch nicht. Weber leitete das Unternehmen seit seiner Gründung im Jahr im 2002. Zuvor war er Geschäftsführer der Frankfurter Diakonie-Krankenhäuser Markus und Bethanien. Agaplesion erzielt nach eigenen Angaben einen Jahresumsatz von 620 Millionen Euro. Zum Konzern gehören etwa 80 Einrichtungen, in denen etwa 12.000 Mitarbeiter beschäftigt sind.

► **Annette Niederfranke** (52) ist neue Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium. Die promovierte Sozialwissenschaftlerin ist seit Februar 2010 Leiterin der Leitungsabteilung und folgt auf **Andreas Storm**, der im August als Chef der Staatskanzlei in die saarländische Landesregierung wechselte. Niederfranke übernimmt den kompletten Zuständigkeitszuschnitt ihres Amtsvorgängers und ist damit auch zuständig für aktuelle Projekte wie den Regierungsdialog Rente und den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

## Europäischer Arbeitsmarkt für Rumänien und Bulgarien

### EU verlangt Zugang



**BRÜSSEL**

**Straßburg/Brüssel** (epd). *Das EU-Parlament fordert Deutschland und andere EU-Staaten auf, ihre Arbeitsmärkte für Migranten aus Rumänien und Bulgarien zu öffnen. Die bestehenden Beschränkungen seien kontraproduktiv und diskriminierend, unterstreichen die Abgeordneten in einem am 25. Oktober in Straßburg verabschiedeten Initiativbericht.*

Rumänien und Bulgarien waren der EU Anfang 2007 beigetreten. Das EU-Recht erlaubt es alten Mitgliedsländern, ihre Arbeitsmärkte übergangsweise bis spätestens Ende 2013 abzuschirmen.

Derzeit haben zehn westliche EU-Länder Sperren für Rumänen und Bulgaren errichtet, unter ihnen außer der Bundesrepublik auch Österreich, Großbritannien und die Niederlande. Den Osteuropäern ist der Zutritt nicht vollständig verwehrt - vielmehr steuern die Westländer die Migration mit Hilfe von Arbeitsgenehmigungen.

Das reicht dem EU-Parlament aber nicht aus: Ab Ende 2011 sollten Rumänen und Bulgaren ohne Hindernisse in der EU arbeiten können, verlangen die Abgeordneten. Die Bewegungsfreiheit der Arbeitskräfte in der Europäischen Union sei »von wesentlicher Bedeutung« für den wirtschaftlichen Aufschwung, heißt es. isg

GEP  
Evangelischer Pressedienst  
Postfach 50 05 50  
60394 Frankfurt am Main

## TERMINE

### November

#### 4.11. Berlin:

Symposium »**Mobile Rehabilitation für den alten Menschen**« der Bundesarbeitsgemeinschaft Mobile Rehabilitation in Kooperation mit dem DW der EKD  
Tel.: 0671 6053872  
www.diakonie.de/veranstaltungen-6748-mobile-rehabilitation-fuer-den-alten-menschen-8364.htm

#### 7.11. Kassel:

Fachtag »**Diakonische Dienstleistungen in Zeiten knapper Kassen**« der Trägerfachverbände im DW der EKD  
Tel.: 0511 390 881 11  
www.evev.de

#### 9.-10.11. Frankfurt a.M.:

Workshop »**Verfahrensberatung für Flüchtlinge**« des Deutschen Roten Kreuzes  
Tel.: 030 85404-125

#### 9.-11.11. Leipzig:

Tagung »**Allzuständig? Lückenbüßer? Scharnier? Schnittstellen der Hilfen für Menschen in Wohnungsnot**« der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe  
Tel.: 0521 143960  
www.bag-wohnungslosenhilfe.de

#### 10.11. Moritzburg:

Seminar »**Personal- und Personalentwicklungsrecht**« der Diakonischen Akademie für Fort- und Weiterbildung  
Tel.: 035207 84350  
www.diakademie.de

#### 10.-11.11. Berlin:

Seminar »**Die Geister, die ich rief: Stadtentwicklung als bürgerschaftliche Aufgabe**« des Instituts für Urbanistik  
Tel.: 030 39001209  
www.difu.de

#### 11.-12.11. Landau:

Tagung »**Leben in Alemany - 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei**« der Evangelischen Akademie der Pfalz und der Evangelischen Akademie Baden  
Tel.: 0721 9175361  
www.ev-akademie-baden.de

#### 11-13.11. Bad Herrenalb:

Tagung »**Was ist der Mensch? Wie der medizinische Fortschritt das Menschenbild verändert**« der Evangelischen Akademie Baden  
Tel.: 0721 9175 361  
www.ev-akademie-baden.de

#### 14.11. Berlin:

Tagung »**Europäische Initiativen zu aktivem Altern, Demografie und Renten**« des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge  
Tel.: 030 629800  
www.deutscher-verein.de

#### 25.11. Bad Herrenalb: Tagung »Gewerkschaften und Kirche - Akteure im gesellschaftlichen Wandel«

der Ev. Akademie Baden in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD (SI) und dem Ev. Verband Kirche-

#### Wirtschaft-Arbeitswelt

www.ekd.de/si/download/2011-52

#### 28.-29.11. Königswinter:

Fachkongress **Freie Straffälligenhilfe 2011**, Motto: »Teilhabe ermöglichen, Ausgrenzung vermeiden - Gemeinsam die Chancen sozialer Integration Straffälliger und ihrer Angehörigen verbessern« der Bundsgemeinschaft für Straffälligenhilfe  
Tel.: 0228 96635 93  
www.bag-straffaelligenhilfe.de

#### 28.-30.11. Tutzing:

Tagung »**Die Krankenkasse zahlt nicht (mehr) alles**« der Evangelischen Akademie Tutzing  
Tel.: 08158 251125  
www.ev-akademie-tutzing.de

#### 29.11.-1.12. Bergisch Gladbach:

Seminar »**Controlling - Grundlagen und Praxis**« der Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes  
Tel.: 0761 2001700  
www.caritas-akademien.de

#### 30.11.-2.12. Hannover:

Tagung »**Alter auf der Schattenseite**« des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge  
Tel.: 030 62 98 00

### Dezember

#### 9.12. Köln:

Tagung »**Migration und Gesundheit - Interkultu-**

#### relle Kommunikationskompetenz für Berater in der Verwaltung und Behandelnde im Gesundheitswesen«

des DGB Bildungswerks  
Tel.: 0211 4301 141  
www.migration-online.de

### Impressum

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gemeinnützige GmbH in Frankfurt am Main. GEP-Direktor: Jörg Bollmann, Verlagsleiter: Bert Wegener  
Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller, epd sozial: Markus Jantzer (verantwortl.), Dirk Baas, Bundesbüro Berlin: Bettina Markmeyer, Jutta Wagemann.

Erscheint wöchentlich. **Jahres-Abonnement:** 237,60 € incl. MWSt. und Versand, jährlich kündbar. Mengenrabatte auf Nachfrage. Nachdruck nur mit Vertrag gestattet.

**Bestellung:** Shalini Frank 069/58098-225, Fax: -226, **E-Mail:** aboservice@gep.de. **Anzeigen:** m-public, 030/80692090, Fax: -95, **E-Mail:** anzeigen@m-public.de  
Druck: druckhaus köthen

**Emil-von-Behring-Straße 3**  
**Briefe: Postfach 50 05 50**  
**60394 Frankfurt am Main**  
**Telefon (069) 58098-209**  
**Telefax (069) 58098-294**  
**E-Mail: sozial@epd.de**  
**Internet: www.epd.de**  
**ISSN: 1612-2216**